

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

4/2016

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Vorwort

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Letzte Sitzung des Landtages Brandenburg im Jahr 2016 mit dem Generalsekretär der CDU-Brandenburg, Herrn Steeven Bretz MdL und dem jährlichen Weihnachtssingen des Landtages



Vorwort

"Das Geheimnis der Weihnacht besteht darin, dass wir auf unserer Suche nach dem Großen und Außerordentlichen auf das Unscheinbare und Kleine hingewiesen werden."

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die Vorweihnachtszeit ist für viele Menschen die beste Zeit des Jahres. Erwachsene und Kinder gleichermaßen leben dem Weihnachtsfest mit seinem einzigartigen Zauber freudig entgegen. Die Weihnachtsgeschichte von der Geburt des Kindes im Stall von Bethlehem berührt uns noch heute. Sie erinnert uns daran, welch ein Geschenk Kinder für eine Familie sind. Und sie macht deutlich, was für ein Geschenk es ist, dass Gott ausgerechnet in der Gestalt eines Kindes in diese Welt gekommen ist.

Es ist gut wenn wir uns in all dem Trubel des Dezembers und in der vermeintlich so wichtigen Rally um die besten Geschenke auch daran erinnern.

Die Adventszeit sowie der Jahresausklang ist eine Gelegenheit zum Innehalten und soll Zeit zum Nachdenken über die vielen Geschehnisse des zurückliegenden Jahres bieten, um dann den Blick nach vorne in ein sicher nicht weniger spannendes Jahr zu richten. Vor uns liegt einer der härtesten und spannendsten Bundestagswahlkämpfe seit 1990 und unser Kampf für den Erhalt unseres Landkreises Teltow-Fläming. Dafür lohnt es sich, gemeinsam mit Ihnen und Euch zu arbeiten!

Ein besonderes Anliegen ist es mir, mich bei Ihnen und Euch, liebe Freundinnen und Freunde, für die geleistete Arbeit im ausgehenden Jahr und die starke Unterstützung zu bedanken! Ich danke Ihnen für den Rückhalt, der mir Kraft und Zuversicht bei meiner Arbeit im Landtag, im Landkreis und in meinem Wahlkreis gibt.

Nach der Hektik des Alltages mögen nun ein paar ruhige Stunden auf Sie warten. Für die bevorstehenden Feiertage wünsche ich Ihnen und Ihren Familien, dass Sie den Frieden und die Freude des Weihnachtsfestes ins neue Jahr "mitnehmen" können. Der Jahreswechsel möge für Sie alle einen gelungenen Start in eine gesunde, erfolgreiche und zufriedenstellende Zeit im Jahr 2017 bedeuten.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr



Neues aus dem Wahlkreis

Eichelbaum wirbt bei JU und CDU für mehr Zuhören in der Politik

Beim fünften Politischen Frühschoppen von JU und CDU Großbeeren war jetzt der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum zu Gast auf Schloss Diedersdorf. CDU-Chef Steinhausen begrüßte Eichelbaum als engagierten und erfahrenen Politiker, der immer für die Interessen Großbeeren eintritt. Eichelbaum selbst warb dafür, dass man in der Politik gerade im Blick auf die kommende Bundestagswahl mehr zuhören muss und auch mehr Mut zur Ehrlichkeit braucht: "Probleme sollten klar benannt werden und andererseits sollten wir auch deutlicher darüber sprechen, was wir bisher erreicht haben." In der anschließenden Diskussion ging es neben einer Einordnung der aktuellen Flüchtlingssituation auch um lokale Fragen wie den Breitbandausbau. "Wir reden in Deutschland oft von den Chancen der Digitalisierung, haben aber auch bei uns Brandenburg noch Straßenzüge, in denen sich teils einfache Internetseiten extrem langsam laden. Wir müssen aufpassen, dass wir da im Bundesvergleich nicht auf der Strecke bleiben", mahnt der Großbeereener JU-Vorsitzende Mike Schuster. Ein Teilnehmer merkte an, dass gerade für die starke Wirtschaftsregion Teltow-Fläming deutlich mehr im Breitbandausbau geschehen muss, damit wir auch in Zukunft erfolgreich bleiben.



Quelle: Blickpunkt, 28.11.2016



Unterschriftenaktion gegen die Kreisgebietsreform in Großbeeren und Ludwigsfelde am 02. Und 03.12.2016



SEK setzte Blendgranate bei Festnahme ein

Jetzt werden weitere Details zu einem für unangemessen gehaltenen Einsatz des Spezialeinsatzkommandos (SEK) am 2. Oktober in Ludwigsfelde bekannt. So sollen die SEK-Männer eine Blendgranate geworfen haben. Das geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU) und Björn Lakenmacher hervor. Den Einsatzkräften wird vorgeworfen, nicht nur den wegen Mordverdachts Gesuchten verletzt zu haben, sondern auch die anderen fünf Bewohner im Zimmer für unbegleitete minderjährige Ausländer beim Evangelischen Jugendwerk TF. Wie berichtet hatte ein 17-jähriger aus Gambia einen 18-jährigen Afghanan so schwer verletzt, dass der starb. Der Mordverdächtige ging in die Unterkunft Brandenburgische Straße zurück.

Dort suchten ihn die acht Einsatzkräfte. Die Leiterin der Einrichtung, Ria von Schrötter, hatte später zusätzlich zu polizeiinternen Ermittlungen Anzeige wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Sachbeschädigung erstattet. Mit Antworten des Innenministeriums auf die Anfrage der beiden CDU Abgeordneten gibt die Landesregierung zu, dass die Einsatzkräfte es abgelehnt hatten, den Jugendlichen von einem Betreuer aus dem Zimmer zu holen. Wegen anzunehmender Bewaffnung und Gewaltbereitschaft des Täters sei Gefahr für Dritte abzuwehren, das taktische Vorgehen "lageangepasst" gewesen. Zu etlichen Fragen bekamen Eichelbaum und Lakenmacher "aus ermittlungstaktischen Gründen keine Auskunft". Vorschriftswidriges Vorgehen werde kritisch ausgewertet. Wie berichtet ermitteln Staatsanwaltschaft und Polizei.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 11.11.2016



30.11.2016
Eröffnung des
neuen Edeka-
Centers in
Ludwigsfelde

Fahrrad-Demo von Gröben nach Ludwigsfelde

Schon seit 15 Jahren fordern die Gröbener den Anschluss ihres Ortsteils an das Radwegenetz von Ludwigsfelde. Bislang scheiterte das Vorhaben an unklaren Zuständigkeiten und hohen Kosten. Inzwischen haben die Gröbener den radelnden Protest für sich entdeckt – und damit nun erstmals einen konkreten Erfolg erzielt.

Gröben.Gröben. An die 150 Gröbener Radfahrer machten sich am Sonnabend auf den Weg nach Ludwigsfelde, um dem stellvertretenden Bürgermeister Torsten Klaehn vor dem Rathaus eine Petition zu übergeben. Beteiligt an der Aktion waren auch der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) und der Seniorenbeirat der Stadt. Ziel der Demonstranten war es, auf die fehlende Radwegeanbindung ihres Ortsteils aufmerksam zu machen.



Es geht um ein etwa 4,5 Kilometer langes Stück zwischen Gröben und Siethen, das den Anschluss zum Radweg Siethen-Ludwigsfelde herstellen soll. Es war nicht die erste Demonstration der Gröbener. Schon im Frühjahr waren Radler von Gröben nach Ludwigsfelde zu einer Protestaktion gestartet. Und der Ortsbeirat befasst sich schon seit mehr als 15 Jahren mit dem Problem, etwa den unterschiedlichen Zuständigkeiten des Landes und des Kreises für einzelne Straßenabschnitte. „Wir brauchen den Radweg als sicheren Schulweg für die Kinder, als sicheren Weg für Senioren und für alle, die gerne mit dem Fahrrad fahren“, erklärte Ortsvorsteherin Stefanie Heyden bei der Übergabe der Liste an Torsten Klaehn.

Etwa 800 Menschen unterstützen bislang die Petition.

Hintergrund



Seit mehr als 15 Jahren kämpfen Gröbener Bürger für eine Radwege-Anbindung von Gröben nach Siethen. Begleitet wird die Forderung von Kommunalpolitikern und vom CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum.

Eine Verkehrszählung an einem Sonnabend ergab innerhalb von sechs Stunden ein Aufkommen von 1055 Autos und 531 Radfahrern. Die Stadt unterstützt das Radwegeprojekt und hat im kommenden Haushalt 50 000 Euro dafür eingestellt. Bürgermeister Andreas Igel (SPD) unterstützt das Vorhaben und hofft auf mehr „sanften“ Tourismus.

Annähernd 500 Bürger hatten die Petition unterschrieben, weitere 300 wurden online eingereicht. Franziska Albertowski, ebenfalls vom Ortsbeirat, erinnerte an den Erfahrungsaustausch mit der Gemeinde Am Mellensee. Dort hatten sich vor vier Jahren Radler mit einer Sternfahrt für Radwege zwischen Kammersdorf-Alexanderdorf und Sperenberg sowie zwischen Sperenberg und Klausdorf eingesetzt und gegen die Kürzung der durch die Landesregierung zugesagten Finanzierung protestiert.

Radwege-Bau ist teuer und auch die Teilstrecke zwischen Gröben und Siethen wird mit erheblichen Kosten verbunden sein, sagt Torsten Klaehn. „Der künftige Radweg führt durch Wald und Alleen-Bestand, es werden Ausgleichsmaßnahmen und Grunderwerb erforderlich sein.“ Die Stadt werde aber in Vorleistung gehen: „Baulasträger ist der Landesbetrieb Straßenwesen, aber wir haben die Planungsleistung übernommen und dafür im kommenden Haushalt 50 000 Euro eingestellt“, so Klaehn.

Mehr als 1000 Autos an einem Nachmittag

„Das zeigt uns, dass die Stadt hinter dem Projekt steht“, sagte eine strahlende Stefanie Heyden. Erst in den vergangenen Wochen hatten Freiwillige eine Verkehrszählung übernommen, um das Argument, die Straße sei für den Bau eines Radweges nicht stark genug befahren, zu entkräften. An einem Sonnabendnachmittag wurden innerhalb von sechs Stunden 1055 Autos und 531 Radfahrer gezählt. Am 8. November wird sich der Ortsbeirat auf seiner Sitzung mit dem Thema Radweg beschäftigen. Dann wird auch Ludwigsfeldes Bürgermeister Andreas Igel (SPD) anwesend sein.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.10.2016



25.11.2016 Eröffnung des
Weihnachtsmarktes in Trebbin

18.11.2016 Vorlesestag in der Kita
Thyrow



Abriss der Nuthebrücke steht für das Land fest

Der Abriss der Nuthebrücke zwischen Gröben und Tremsdorf ist für die Landesregierung beschlossene Sache; sie ist so marode, dass diese Verbindung nächstes oder übernächstes Jahr gekappt wird. Das ist die Kernaussage einer Antwort von Kathrin Schneider (SPD), der Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung, auf die Kleine Anfrage der CDU-Landtagsmitglieder Danny Eichelbaum und Rainer Genilke. Wie berichtet, laufen nicht nur die Gröbener Sturm gegen die Kappung dieser Landesstraßen-Verbindung. Auch die Bürgermeister der beiden Ortsteil-Kommunen Ludwigsfelde und Nuthetal, Andreas Igel (SPD) und Ute Hustig (Linke), setzten sich bereits mit einem gemeinsamen Schreiben für den Erhalt der Verbindung ein.

Die Brücke stammt aus dem Jahre 1910, die Straße ist eine Landesstraße, sie trägt die Ziffer 771. Eigentlich ist diese Straße wegen der schlechten Brückenbauwerke seit dem Jahr 2000 für den allgemeinen Verkehr gesperrt, nur noch Land- und Forstwirtschaftsfahrzeuge bis neun Tonnen Gewicht hätten sie queren dürfen. Doch das scheint missachtet worden zu sein, so die Gutachter. Deshalb ist die Brückenzufahrt seit vergangenem Monat eingeeengt und jetzt nur noch für Fußgänger und Radfahrer passierbar. Bereits 2010 und 2016 hatte es laut Ministeriumsantwort Prüfungen gegeben, in deren Ergebnis ein Ersatzbau empfohlen worden war. Zu den tatsächlichen Abriss-Absichten heißt es wörtlich: "Eine Sanierung der Brücke ist aufgrund des Bauwerkalters und des Schadensbildes nicht wirtschaftlich.

Eine dauerhafte Nutzung des Bauwerks mit geringeren Nutzlasten kommt ebenfalls nicht in Betracht." Auf Nachfrage der beiden CDU-Männer im Landtag zu den Kostenvarianten erklärt Schneider, der Brückenabriss würde 60 000 Euro kosten, ein Ersatzbau werde auf mindestens 360 000 Euro geschätzt. Zu den Möglichkeiten zum Erhalt dieser Verbindung, die kilometerlange Umwege spart und touristisch bedeutsam ist, erklärt die Ministerin, die Straße könne wegen ihrer untergeordneten Bedeutung für das Landesstraßennetz herabgestuft werden. Zur Fördermöglichkeit bei einer regionalen Entscheidung für den Brückenerhalt erklärt Schneider, es gebe für "verkehrswichtige Straßen in kommunaler Baulast" jährliche Fördermittel nach Ministeriumsrichtlinie, um die Verkehrsverhältnisse in Brandenburger Kommunen zu verbessern. Sie sieht die Verbindung über die Kreis- und Landesstraßen K7232, 6904, 6903 sowie die L77 und Saarmund sichergestellt.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 11.10.2016



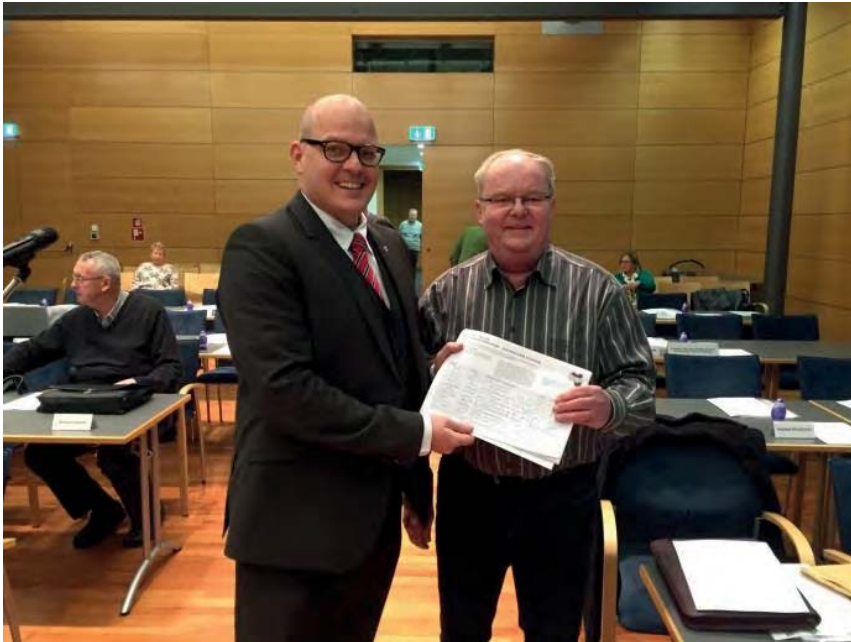
12.11.2016 Energiemesse in Trebbin

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Ausschuss berät über Wolfsangriffe

Die jüngsten Wolfsattacken auf Wildund Gehegetiere werden Thema im Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss des Kreises sein. Wie Ausschussvorsitzender Danny Eichelbaum (CDU) mitteilt, wurden Wolfsexperten aus dem Umweltministerium zur Sitzung am 5. Januar eingeladen, um über die Verbreitung der Wölfe und über Schutzmaßnahmen zu beraten. "Offenbar verlieren die Wölfe in der Region ihre natürliche Scheu", so Eichelbaum, "die Wölfe zeigen ein Verhalten, das deutlich von dem abweicht, was Wolfsberater zuvor geschildert haben." Er fordert wirksame Schutzmaßnahmen für Nutztierhalter. "Der zögerliche Umgang der Behörden mit Wolfsangriffen hat zu einem Akzeptanzverlust der Wölfe beigetragen", so Eichelbaum.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.12.2016



12.12.2016 Übergabe von
200 Unterschriften aus
Baruth gegen die geplante
Kreisgebietsreform

08.12.2016
Unterschriftenaktion in
Luckenwalde gegen die
geplante
Kreisgebietsreform





FOCUS-Wirtschaftsrating 2016: Teltow-Fläming belegt Spitzenplatz in Ostdeutschland

CDU: Wirtschaftsdynamik Argument für Eigenständigkeit des Landkreises Teltow-Fläming

Nach dem aktuellen Focus- Wirtschaftsrating aller Landkreise in Deutschland belegen die Landkreise Dahme-Spreewald (Platz 87) und Teltow-Fläming (Platz 102) die beiden Spitzenplätze in Ostdeutschland. Untersucht wurden die Kategorien Wachstum und Jobs, Firmengründungen, Produktivität und Standortkosten, Einkommen und Attraktivität sowie Sicherheit und Lebensqualität

Hierzu erklärt der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum:

„Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald sind die beiden wirtschaftlichen Leuchttürme in Ostdeutschland. Das ist eine gute Nachricht für unsere Region. Der Spitzenplatz ist das Ergebnis von mutigen Unternehmensentscheidungen, der Arbeit von fleißigen Arbeitnehmern und guten politischen Infrastrukturentscheidungen. Die Platzierung spiegelt die wirtschaftliche Attraktivität unserer Boomregion wieder.

Der Landkreis Teltow-Fläming ist eine Erfolgsgeschichte und deshalb gibt es auch für uns keinen Grund für den von SPD und Linken geplanten Zusammenschluss des Landkreises Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming. Die Wirtschaftsdynamik der beiden Landkreise TF und LDS ist ein Argument für die Selbstständigkeit der beiden Landkreise. Deshalb kämpfen wir mit der Volksinitiative gegen die Kreisgebietsreform weiterhin für die Eigenständigkeit des Landkreises Teltow-Fläming.“

Quelle: Pressemitteilung, 26.11.2016

"Zwangsfusionswahnsinn - Macht eine Fusion der Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming Sinn?"

Am 21.11.2016 empfing die Mittelstandsvereinigung Dahme-Spreewald die Kreis- und Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum aus Teltow-Fläming und Björn Lakenmacher aus Dahme-Spreewald im Wappensaal Lübben, um zum Thema:

"Zwangsfusionswahnsinn - Macht eine Fusion der Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming Sinn?" zu diskutieren.

Vor ca. 45 Gästen legten die beiden Abgeordneten dar, warum es für keinen der beiden Landkreise einen Grund zur Fusion gibt: Beide Landkreise in ihrer Eigenständigkeit erfüllen das vom Landtag verabschiedete Leitbild.

Dazu Danny Eichelbaum: "Die Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming sind wirtschaftsstarke und verzeichnen Einwohnerzuwächse, sie erfüllen damit alle Voraussetzungen für die Eigenständigkeit. Die Landesregierung versucht ein unsinniges Reformvorhaben durchzuzupieitschen, welches von allen Oberbürgermeistern und Landräten parteiübergreifend abgelehnt wird. Durch eine Zwangsfusion von LDS und TF würde der 6. größte Landkreis Deutschlands mit 320.000 Einwohnern und einer Zentralverwaltung mit 1800 Kreisbeschäftigten entstehen, die Heimatidentität und die Bürgernähe würden verloren gehen.

Die CDU lehnt diese Zwangsfusion ab und setzt stattdessen auf verstärkte Kooperationen der Landkreise und Kommunen."

Und auch für Björn Lakenmacher stand fest, dass es keine überzeugenden Gründe für eine Zwangsheirat der beiden Landkreise gibt. Lakenmacher dazu: "Wer die Bürgernähe und eine demokratische Teilhabe in unseren beiden Landkreisen erhalten will, der muss sich jetzt beteiligen und diese von der rot-roten Landesregierung geplante Kreisreform per Volksgesetzgebung stoppen. In allen Bundesländern, in denen es Kreisfusionen zu Großlandkreisen gab, ist den Betroffenen heute klar: Es wird größer, aber teurer. Es gibt schlicht keine Einspareffekte. Dagegen ist schon heute sicher: Bei einer Zusammenlegung mit Teltow-Fläming wird die Kreisumlage, die in Dahme-Spreewald derzeit bei 39,5% liegt, stark ansteigen.

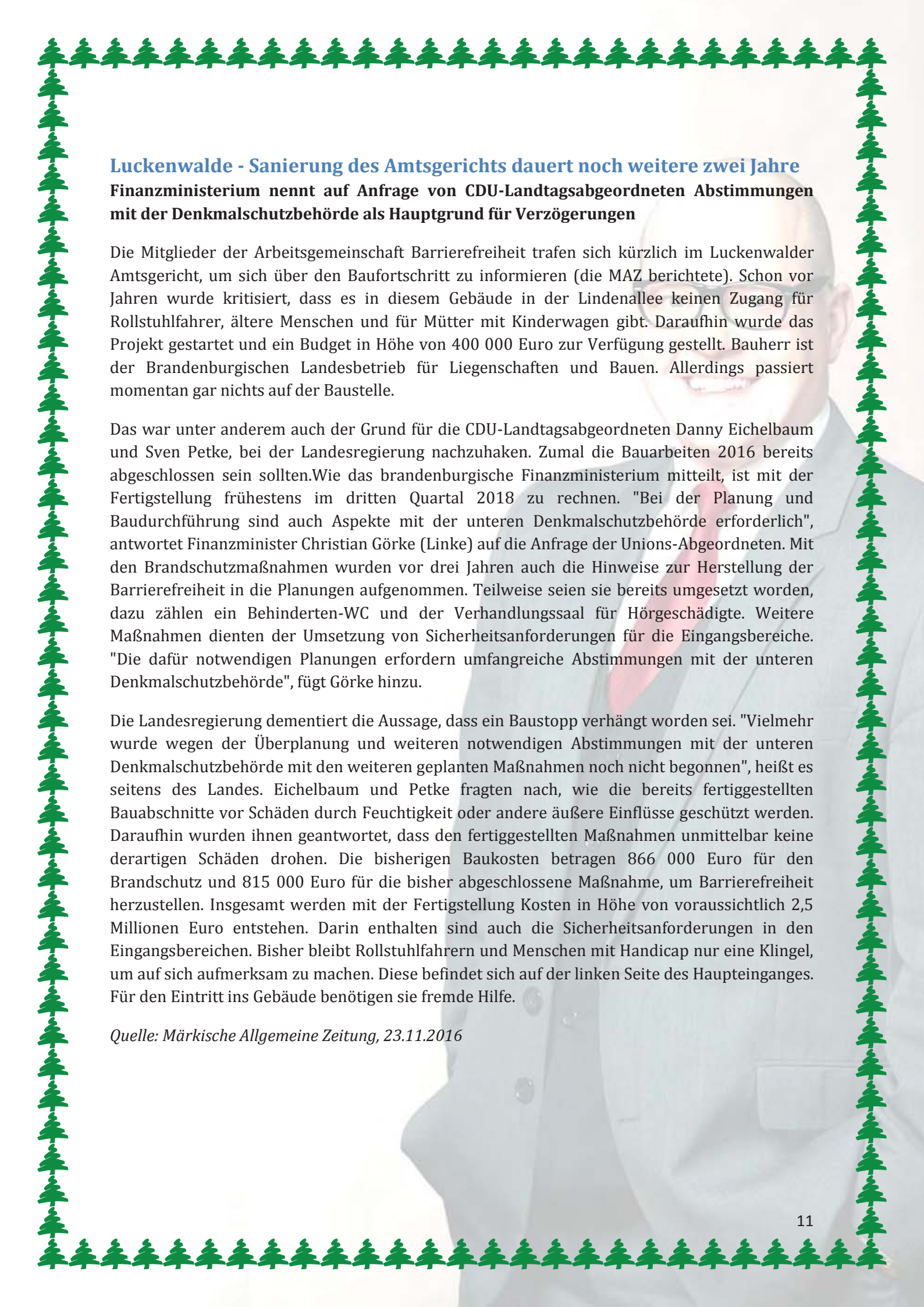


Unterstützen Sie die VOLKSINITIATIVE "BÜRGERNÄHE ERHALTEN - KREISREFORM STOPPEN". Ihre Unterschrift gegen die Zwangsfusion von Landkreisen und Einkreisung kreisfreier Städte können Sie unter anderem hier abgeben:

- CDU-Kreisgeschäftsstelle LDS, Berliner Strasse 8 in 15907 Lübben, Tel.: 03546/3121, e-mail: post@cdu-lds.de
- CDU-Bürgerbüro, Bahnhofstr. 7c, 15711 Königs Wusterhausen, Tel.: 03375/2178498, email: info@bjoernlakenmacher.de
- CDU-Bürgerbüro, Gubener Straße 38, 15907 Lübben, Tel.: 03546 2789000, e-mail: jana.schimke.ma05@bundestag.de
- CDU-Kreisgeschäftsstelle TF, Haag 11, 14943 Luckenwalde, Tel.: 03371/617150, e-mail: post@cdu-tf.de
- CDU-Bürgerbüro, Albert-Tanneur Str. 27, 14974 Ludwigsfelde, Tel.: 03378 /548 08 88, e-mail: info@danny-eichelbaum.de
- CDU-Bürgerbüro, Seebadallee 23b, 15834 Rangsdorf, Tel.: 033708 932270, e-mail: jana.schimke.ma04@bundestag.de

Sie können sich auch telefonisch oder per Mail in den CDU-Kreisgeschäftsstellen in Lübben und Luckenwalde sowie in den CDU- Bürgerbüros melden und wir senden Ihnen gerne alle Materialien zur Teilnahme an der Volksinitiative zu.

Quelle: Blickpunkt, 03.12.2016



Luckenwalde - Sanierung des Amtsgerichts dauert noch weitere zwei Jahre Finanzministerium nennt auf Anfrage von CDU-Landtagsabgeordneten Abstimmungen mit der Denkmalschutzbehörde als Hauptgrund für Verzögerungen

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit trafen sich kürzlich im Luckenwalder Amtsgericht, um sich über den Baufortschritt zu informieren (die MAZ berichtete). Schon vor Jahren wurde kritisiert, dass es in diesem Gebäude in der Lindenallee keinen Zugang für Rollstuhlfahrer, ältere Menschen und für Mütter mit Kinderwagen gibt. Daraufhin wurde das Projekt gestartet und ein Budget in Höhe von 400 000 Euro zur Verfügung gestellt. Bauherr ist der Brandenburgische Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen. Allerdings passiert momentan gar nichts auf der Baustelle.

Das war unter anderem auch der Grund für die CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum und Sven Petke, bei der Landesregierung nachzuhaken. Zumal die Bauarbeiten 2016 bereits abgeschlossen sein sollten. Wie das brandenburgische Finanzministerium mitteilt, ist mit der Fertigstellung frühestens im dritten Quartal 2018 zu rechnen. "Bei der Planung und Baudurchführung sind auch Aspekte mit der unteren Denkmalschutzbehörde erforderlich", antwortet Finanzminister Christian Görke (Linke) auf die Anfrage der Unions-Abgeordneten. Mit den Brandschutzmaßnahmen wurden vor drei Jahren auch die Hinweise zur Herstellung der Barrierefreiheit in die Planungen aufgenommen. Teilweise seien sie bereits umgesetzt worden, dazu zählen ein Behinderten-WC und der Verhandlungssaal für Hörgeschädigte. Weitere Maßnahmen dienen der Umsetzung von Sicherheitsanforderungen für die Eingangsbereiche. "Die dafür notwendigen Planungen erfordern umfangreiche Abstimmungen mit der unteren Denkmalschutzbehörde", fügt Görke hinzu.

Die Landesregierung dementiert die Aussage, dass ein Baustopp verhängt worden sei. "Vielmehr wurde wegen der Überplanung und weiteren notwendigen Abstimmungen mit der unteren Denkmalschutzbehörde mit den weiteren geplanten Maßnahmen noch nicht begonnen", heißt es seitens des Landes. Eichelbaum und Petke fragten nach, wie die bereits fertiggestellten Bauabschnitte vor Schäden durch Feuchtigkeit oder andere äußere Einflüsse geschützt werden. Daraufhin wurden ihnen geantwortet, dass den fertiggestellten Maßnahmen unmittelbar keine derartigen Schäden drohen. Die bisherigen Baukosten betragen 866 000 Euro für den Brandschutz und 815 000 Euro für die bisher abgeschlossene Maßnahme, um Barrierefreiheit herzustellen. Insgesamt werden mit der Fertigstellung Kosten in Höhe von voraussichtlich 2,5 Millionen Euro entstehen. Darin enthalten sind auch die Sicherheitsanforderungen in den Eingangsbereichen. Bisher bleibt Rollstuhlfahrern und Menschen mit Handicap nur eine Klingel, um auf sich aufmerksam zu machen. Diese befindet sich auf der linken Seite des Haupteinganges. Für den Eintritt ins Gebäude benötigen sie fremde Hilfe.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 23.11.2016



"Die Uhr tickt"

Der Europaabgeordnete Christian Ehler (CDU) rät Brandenburg, die letzten Strukturfördermittel der EU sinnvoll einzusetzen - etwa für ein Triebwerks-Cluster mit Rolls-Royce und der BTU Cottbus

Der CDU-Europaabgeordnete Christian Ehler machte am Montag Station im Landkreis Teltow-Fläming. Nach einem Treffen mit Brandenburgs Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) in Potsdam besuchte Ehler gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten und CDU-Kreisvorsitzenden Danny Eichelbaum das VW-Vertriebszentrum in Ludwigsfelde und die MAZ-Redaktion in Luckenwalde, bevor er die Parteibasis in Jüterbog traf. Im Redaktions-Gespräch äußerte er sich zu den seiner Meinung nach dringenden Aufgaben der Landesregierung, was die Region zwischen dem Berliner Süden und der Lausitz betrifft. Und da liegt der Landkreis Teltow-Fläming mittendrin. Mittendrin steckt man auch in der letzten Förderperiode der europäischen Strukturfonds, die 2019 auslaufen wird. Darin stehen 2,2 Milliarden Euro für Brandenburg bereit. In der folgenden Finanzierungsperiode dürften es nur noch rund 700 Millionen Euro sein, meint Christian Ehler. "Das ist jetzt der letzte Zeitraum, in dem wir noch Geld zur Verfügung haben, um nachhaltig in strukturelle Entwicklungen zu investieren", sagt der promovierte Volkswirtschaftler. Als mögliches Beispiel nennt er ein Luft- und Raumfahrt-Cluster auf der Achse zwischen Rolls-Royce in Dahlewitz und dem Lehrstuhl für Flug- Triebwerksdesign an der BTU Cottbus- Senftenberg. Vielleicht kriege man ja auch ein Unter-Cluster Turbinen hin, schlägt Ehler vor. So habe er mit Wirtschaftsminister Gerber besprochen, wie Brandenburg Pilotprojektspartner für Triebwerkstechnologie werden kann, wovon auch mittelständische Zuliefererbetriebe profitieren könnten. Über vier Milliarden Euro werden in das EU-Programm "Clean Sky" investiert, das neue, sparsame Triebwerksgenerationen hervorbringen soll. Der Turbinenhersteller Rolls-Royce ist daran beteiligt. Für Ehler könne das Programm mit entsprechender Initiative des Landes auch "regional Funken schlagen". Sorgen macht sich der brandenburgische Europaabgeordnete auch um die "Verwerfungen der Energiewende", die sich insbesondere in den steigenden Strompreisen manifestieren. Während Windrad-Investoren aus dem Westen die Profite einstreichen, müssten die Brandenburger noch den Ausbau der Netzinfrastruktur bezahlen, was den Strompreis zusätzlich verteuere, so Ehler.

"Brandenburg läuft Gefahr, teuerster Energiestandort zu werden", warnt er, was einen zusätzlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Regionen bedeute. "Wir brauchen eine Reform des Energieeinspeisegesetzes", fordert Ehler und schlägt eine Art Energiefolgefonds vor, der jetzt noch mit den zur Verfügung stehenden europäischen Fördermitteln möglich wäre. Seine Vorstellung: Vor allem die Nachteile für mittelständische Unternehmen müssten mit so einem Fonds ausgeglichen werden. Solange es noch Geld gebe, sei es wichtig, in die Erforschung von Speichertechnologien zu investieren, betonte Ehler. Das Vorhaben Multienergiekraftwerk Sperenberg (MEKS) betrachtet er dagegen skeptisch, hält sich da aber zurück, weil Europa daran nicht beteiligt sei. Sein Parteifreund Danny Eichelbaum, zugleich auch Kreistagsabgeordneter, ergänzt, dass es Aufgabe der Landesregierung sei, die dem entgegenstehenden Probleme zu klären, wenn das Projekt der erklärte Wille der rot-roten Koalition sei. Dies könne man nicht dem Kreis und den Kommunen überlassen. Zwar habe Brandenburg bisher als gutes Beispiel für eine ordentliche Verwendung von europäischen Fördermitteln gegolten, meint Christian Ehler, es gebe ihm aber schon zu denken, dass beispielsweise bei der Leader-Förderung für die Landwirtschaft ganze zweieinhalb Jahre gebraucht würden, um die Rechtsgrundlagen für die Vergabe der Gelder zu erarbeiten. Das sei in anderen Bundesländern schon längst geschehen.

Das enge den Zeitrahmen für den Planungsvorlauf extrem ein, sagt Ehler. Geld sei dadurch bislang nicht verschenkt worden, endgültig wisse man das aber erst am Schluss der Förderperiode. Zumindest müsse Brandenburg sehen, wie es das Geld auch rechtzeitig ausgeben kann. Stattdessen kümmere sich die Landesregierung um eine seiner Meinung nach völlig überflüssige Kreisreform. Der 53-Jährige sorgt sich aber nicht nur um Fördermittel. Als Mitglied des Freundeskreises von Schloss Wiepersdorf setzt er sich persönlich für dieses Projekt ein. "Das hat nichts mit mir als Politiker zu tun, sondern ist ein privates Interesse. Ich stamme aus einer Theaterfamilie", sagt Ehler. In Potsdam, wo er wohnt, hat er das Literaturfestival "LIT:potsdam" mitbegründet. Dort haben seit 2013 international renommierte Autoren und Philosophen als "Writer in Residence" mitgewirkt. "Ich könnte mir eine Kooperation vorstellen, durch die Brücken von Potsdam nach Wiepersdorf geschlagen werden", sagt er. Die Bedeutung des Hauses mit seiner literarischen Geschichte und der 70-jährigen Tradition von künstlerischen Stipendiaten sei außerhalb des Landes durchaus bekannt. "Im Ausland werden Wiepersdorf und das Erbe Bettina von Arnims wahrgenommen", sagt er.

Er fand auch lobende Worte für Kulturministerin Martina Münch (SPD), die das Künstlerhaus als wichtige Einrichtung der brandenburgischen Kulturpolitik erkannt habe. Die jetzige Konstruktion, wonach das Schloss vom Eigentümer, der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, selbst geführt wird, zweifelt er allerdings an. "Auf Dauer ein künstlerisches Projekt zu betreiben ist ja artfremd für die Stiftung", sagt Ehler. Hier müsse sich das Land besinnen, ob es eigenen Ehrgeiz entwickeln wolle, der dem "Sog Berlins" in Fragen von Kunst und Kultur etwas entgegenstellen könne. Unverständnis zeigt Ehler darüber, wie Brandenburg dem bevorstehenden Einnahmeverlust der versiegenden EU-Milliarden entgegen sehe. "Die Landesregierung scheint da etwas unbesorgt zu sein", sagt er. "Die Uhr tickt", mahnt er.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.11.2016



14.11.2016 Besuch des
Volkswagen
Vertriebszentrums
Ludwigsfelde mit
Europaabgeordneten
Dr. Christian Ehler

Mini-Demo am Landtag - Clemens Wudel wirbt für S-Bahn-Anbindung von Rangsdorf

Der Rangsdorfer Clemens Wudel hat gestern vor dem Landtag in Potsdam für die S-Bahn-Anbindung von Rangsdorf geworben. Er traf sich dort unter anderem mit Danny Eichelbaum (CDU), Vorsitzender des Infrastrukturausschusses im Landtag und CDU-Vorsitzender im Kreis Teltow-Fläming. Außerdem habe er sich mit weiteren Abgeordneten unterhalten, um sie von der S-Bahn-Anbindung zu überzeugen. Der Zeitpunkt für diese Aktion sei genau richtig gewesen, so Wudel. Bis Ende Dezember sollen Entscheidungen fallen. Gerade angesichts des enormen Zuzugs in die Region sei der Wiederaufbau der S-Bahn nötig, sagte Wudel.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.11.2016



Verstimmungen bei den Abgeordneten im Landkreis Teltow-Fläming - Transparenz soll eingefordert werden

Der Landkreis Teltow-Fläming hat vielfältige Beteiligungen. Er ist an Unternehmen beteiligt aber auch Mitglied in Vereinen und Verbänden. Die Beteiligungen an Unternehmen werden gemäß Kommunalverfassung nach einem einheitlichen Schema im Beteiligungsbericht dargestellt.

Die Beteiligung, egal ob SWFG, FAG oder Luba haben in den letzten Jahren für so manche Überraschung gesorgt. Ob millionenschwere Verluste oder sogar das "Abschmieren" in die Insolvenz, vieles davon führte zu Ärger im Kreistag und Verstimmungen bei den Abgeordneten.

In den letzten Jahren wurde viel getan um mehr Transparenz zu erzeugen und die Kontrolle zu verbessern. Über die zahlreichen Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden (inklusive Zweckverbänden) ist die Informationslage weitaus dünner. "Auch hier entstehen Kosten und zumeist auch ein Nutzen für den Landkreis, jedoch erfolgen kaum Informationen über die Arbeit der Vereine und Verbände. Auch werden Mitgliedsbeiträge fällig, deren Nutzen für den Landkreis Teltow-Fläming jährlich zu prüfen sein sollte", erläutert Dirk Steinhausen, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender und Initiator eines Antrages mit dem Ziel mehr Informationen über die Mitgliedschaften zu erhalten. Fast einstimmig wurde der CDU Antrag zur Erstellung eines Mitgliedschaftsberichtes im letzten Kreistag beschlossen.

"Wir haben in den letzten Jahren bereits einiges erreicht, um nach der Verschleierung der letzten Jahre, Transparenz zu schaffen. Die Landrätin informiert uns besser und häufiger, die Strukturen bei den Beteiligungen sind gestrafft, jetzt fehlten noch die vielen Mitgliedschaften, die bisher gar nicht beleuchtet wurden", erläutert Danny Eichelbaum, Fraktionsvorsitzender der CDU Teltow-Fläming."

Zukünftig wird die Kreisverwaltung jährlich eine Auflistung der Mitgliedschaften in Zweckverbänden und sonstigen Verbänden sowie in Vereinigungen und Vereinen erstellen. Hierbei sind die Höhe des Mitgliedsbeitrages, sowie, sofern vorhanden: Kapitalzuführungen und -entnahmen, Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche, gewährte Sicherheiten und

Gewährleistungen und sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises auswirken, näher zu betrachten. "Wir müssen die Transparenz einfordern, freiwillig passiert hier nichts", so Steinhausen abschließend.

Quelle: *Blickpunkt*, 05.11.2016

CDU fordert ein Kreis-Konzept für Elektromobilität

Der Landkreis Teltow-Fläming sollte aus Sicht der Kreis-CDU die Elektromobilität befördern. Dafür fordert die Union ein Konzept. In einem Antrag wird die Verwaltung laut Kreisvorsitzendem Danny Eichelbaum aufgefordert, "insbesondere die notwendige technischen Infrastruktur, die Anschaffung und Nutzung von Elektrofahrzeugen und Pedelecs für den Fuhrpark der Kreisverwaltung sowie der Betrieb und die Errichtung von Ladestationen auf kreiseigenen Flächen" zu prüfen. Es gebe zudem zu wenige Ladestationen in der Region. "Eine engmaschige Erweiterung des Netzes der Ladestationen würde nicht nur eine steigende Nachfrage von Elektrofahrzeugen bewirken, sondern auch Fahrer von Elektrofahrzeugen als Touristen in den Landkreis locken", so Eichelbaum.

Quelle: *Märkische Allgemeine - Jüterboger Echo*, 05.11.2016



10.11.2016 Besuchergruppe aus Trebbin
im Landtag

31.10.2016 „Reformation schmecken“ in Jüterbog



Landrätin besucht Agrarbetriebe - Kornelia Wehlan informiert sich auf Einladung des Kreisbauernverbandes über die Probleme der Landwirte

In der Agrargenossenschaft Groß Machnow trafen sich am Mittwoch Landwirte mit Vertretern der Politik. Eingeladen hatte der Kreisbauernverband zu seinen jährlich stattfindenden Gesprächen mit der Landrätin. Kornelia Wehlan (Linke) betonte: "Wir wollen das Netzwerk pflegen, um die Probleme gemeinsam angehen zu können." Der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes, Helmut Dornbusch erklärte, dass es wichtig sei im engen Kontakt mit den Verwaltungsbehörden zu arbeiten. So sind Bauern von der Umstrukturierung des ländlichen Raumes als erste betroffen. Mal würden landwirtschaftliche Flächen als Gewerbegebiete ausgewiesen, wie es in Ludwigsfelde mit 85 Hektar geplant sei, ein andermal wird versucht, nicht genutzte Gewerbegebiete zeitweilig landwirtschaftlich zu nutzen.



Auf diesen Umstand wies der Amtsleiter des Landwirtschaftsamtes des Landkreises, Berndt Schütze, hin. Der Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt im Kreistag, Danny Eichelbaum (CDU), hob das Wohl der Tiere hervor. Die neuen Ställe in Oehna und Trebbin bezeichnete er als vorbildlich. Das gelte auch für die Schweinemastanlage in Saalow. Zirka 4000 Schweine aller Altersklassen leben dort. In einen neuen Stall wurde im letzten Jahr investiert. Dieser hat größere Fenster, vor allem für die jüngeren Schweine gibt es Spielgeräte. Der Lebensmittelhandel frage danach, wie Tiere aufgewachsen sind und Verbraucher orientierten sich zunehmend regional, sagte Helmut Barthel, Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Wirtschaftspolitik. "Das Saalower Kräuterschwein wird mit erntefrischem Getreide und einem Kräutermix gefüttert. Das hat zur Folge, dass wir weniger Medikamente einsetzen müssen und Antibiotika nur in Einzelfällen benutzen", erklärte Andreas Vogel, Betriebsleiter der Saalower Mast GmbH.



Er fügte an, dass das Futtergetreide aus eigenem Anbau stammt oder von einem Nachbarlandwirt zugekauft wird. "Auch verfüttern wir nur zertifiziertes Soja, das gentechnisch nicht verändert wurde." Der Betriebsleiter der Agrargenossenschaft Glienick Jens-Uwe Fischer stellte die 1992/93 umgebaute Stallanlage für die Glienicker Milchkühe vor. Dass die Kühe auf Stroh stehen ist gut für die Tiere, gilt aber als arbeitsintensiv und teuer. Der Bestand an Tieren wurde auf 360 Stück gesenkt, um auf den Preisverfall bei der Milch zu reagieren. "So produzieren wir derzeit zehn Prozent weniger Milch", sagte Fischer. Für jeden Liter Milch, der nicht gemolken wird, erhält der europäische Landwirt 14 Cent begrenzt auf drei Monate. "Einen Einfluss auf den Milchpreis haben wir nicht", so Fischer. Jemand aus der Runde fragte, ob es vielleicht sinnvoll sei, die

Milchproduktion mal europaweit einzustellen, denn der Butterpreis habe sich in den letzten Wochen fast verdoppelt. Die Antwort darauf blieb aus.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.10.2016



Kreistag Teltow-Fläming - Konzept für Integration von Zuwanderern beschlossen

Kreistag bestätigt Grundlagenpapier und stimmt Mehrausgaben für Übergangwohnheime zu. Nach über anderthalb Jahren intensiver Arbeit ist das Integrationskonzept für den Landkreis Teltow-Fläming in dieser Woche vom Kreistag mit großer Mehrheit beschlossen worden. Nur die Abgeordneten von AfD und NPD stimmten dagegen, die Fraktion Plan B enthielt sich. Im Februar 2015 war die Verwaltung durch den Kreistag beauftragt worden, die Handlungsfelder zur Integration von Zuwanderern in einem Papier zu konkretisieren und zu bündeln.

Aus Diskussionen in den Fachämtern, Ausschüssen, Runden Tischen und öffentlichen Foren, Anregungen der Kommunen und der sich immer wieder geänderten Gesetzeslage ist nun ein 78 Seiten starkes Konzept entstanden. Es wird die Grundlage für die Integrationsarbeit der Kreisverwaltung sein und soll stetig fortentwickelt werden. Jährliche Schwerpunkte zur Umsetzung der benannten Maßnahmen werden durch den Kreistag festgelegt. In acht Handlungsfeldern werden die zahlreichen Aufgaben, Sachstände, Ziele und Maßnahmen dargestellt. Von Arbeitsmarkt und Bildung, über gesundheitliche Versorgung, Jugendhilfe und Kindertagesbetreuung bis zur sportlichen Integration, Sozialberatung und Unterbringung der Zuwanderer ist dabei die Rede.

Es wird aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen Bedingungen jeweils zwischen Asylbewerbern und anderen Zuwanderern unterschieden. Das Büro für Chancengleichheit und Integration im Verantwortungsbereich der Landrätin soll künftig die Aufgaben für Behinderten- und Seniorenarbeit sowie für Gleichstellung und Integration bündeln - "für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund", wie es explizit im Konzept heißt. Für jede Kommune im Kreis werden in einer umfangreichen Übersicht die Ansprechpartner mit ihren Kontaktdaten genannt, die sich hinter Flüchtlingshilfen, Runden Tischen oder anderen integrativen Projekten verbergen. Die "drängendste Aufgabe in unserem Land" nannte der CDU-Fraktionsvorsitzende Danny Eichelbaum in der Debatte vor dem Beschluss die Integration. Sie sei "Voraussetzung für niedrige Arbeitslosigkeit, sozialen Frieden und Wirtschaftswachstum". Dazu sei nicht nur das Engagement von Verwaltung und Bürgern, sondern auch der Wille der Zuwanderer nötig.

"Wir erwarten Rechtstreue", sagte er. Jan Hildebrandt (SPD) mahnte, dass sich die Verwaltung das Konzept auch tatsächlich zu Eigen machen müsse. "Meine Erfahrungen sind sehr unterschiedlich, manche Kollegen der Kreisverwaltung brauchen so ein Konzept gar nicht, andere leider schon", sagt er. Der Kreistag beschloss in gleicher Sitzung auch die überplanmäßige Erhöhung der Mittel für die Finanzierung von Übergangwohnheimen und Leistungen für Asylbewerber um 4,4 Millionen Euro. Davon sind derzeit rund 1,5 Millionen Euro noch nicht aus Zuweisungen für die Aufnahme von Asylbewerbern gedeckt. Grund dafür ist der Leerstand in den Übergangwohnheimen des Kreises. Eine Regelung zur Übernahme auch dieser Kosten durch das Land fehlt bislang. Landrätin Kornelia Wehlan sagte aber, dass sie in Verhandlungen bereits eine Zusage über 700 000 Euro vom Land erhalten habe. "Dieses Geld erhalten wir zwar erst 2017, dürfen es aber noch im Haushalt 2016 verbuchen", sagte sie.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 21.10.2016



Kreisfusion TF und LDS - Zwischen Entsetzen und Erleichterung

Reaktionen der Politiker aus Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming auf eine mögliche Fusion beider Landkreise Erstaunen war die erste Reaktion. Die politischen Entscheider im Landkreis Teltow-Fläming erfuhren die Neuigkeit, dass beide Kreise fusionieren sollen, von der MAZ und die von Dahme-Spreewald in der gestrigen Kreistagssitzung.

Die Reaktionen reichten von strikter Ablehnung bis zu einer gewissen Erleichterung. Jedenfalls in Teltow-Fläming hatte man zuletzt befürchtet, mit dem Landkreis Elbe-Elster zusammengelegt zu werden, um dann von der sächsischen Grenze bis zur Bundeshauptstadt zu reichen.

Der gestern bekannt gewordene Vorschlag der rot-roten Landesregierung, dass TF und LDS zusammengehen, wäre "auf jeden Fall eine attraktivere Hochzeit als alles andere", sagte Kirsten Gurske (Linke), stellvertretende Landrätin von Teltow-Fläming - "auch wenn beide lieber Single bleiben würden." Von dieser Option habe sie sich aufgrund des Bevölkerungszuwachses in beiden Kreisen auch noch nicht verabschiedet. Wirtschaftspolitisch ergebe diese Vernunfthochzeit jedenfalls Sinn, so Gurske, und das nicht nur, weil dann TF auf einen Schlag alle seine Schulden los wäre.

Die wirtschaftlichen Vorteile sieht auch der Linksfraktionsvorsitzende im Kreistag von TF, Hans-Jürgen Akuloff so: "Das dürften sehr leistungsstarke Zwillinge werden, die mehr Gemeinsamkeiten haben als jede andere Konstellation." Positiv sei dabei, dass auch der Süden des Kreises von der Wirtschaftskraft des dann gemeinsamen Metropolenraums profitieren würde. Kritisch sieht Akuloff hingegen die Schwierigkeiten der gewählten ehrenamtlichen Politiker, einen solch großen Kreis zu repräsentieren.

Nicht nur, aber vor allen deshalb beharrt der Kreistagsvorsitzende Gerhard Kalinka (Grüne) auf der Eigenständigkeit. Das sei schließlich auch Beschlusslage des Kreistags. Aus TF-Sicht sei es zwar besser, mit LDS anstatt mit Elbe-Elster zusammenzugehen, aber: "TF und LDS haben die Größe, die wirtschaftliche Kraft und die Einwohnerzahl, die eine Eigenständigkeit rechtfertigen würde", sagte Kalinka. Was ihn ärgere, sei, dass jetzt zunächst die neuen Kreisgrenzen gezogen würden, bevor dann erst über die Reform der Verwaltungsstruktur gesprochen werde: "So wird das Pferd von hinten aufgezäumt."

Ihm müsse man schon erklären, warum TF nicht eigenständig bleiben könne, sagte der SPD-Kreis- und Landtagsabgeordnete Erik Stohn. Teltow-Fläming sei gut aufgestellt und würde seiner Meinung nach die Kriterien des Leitbildes erfüllen. Die Haushaltsprobleme rührten daher, dass der Kreis in früheren Jahren kräftig in die Infrastruktur investiert habe. Sollte er aber zwischen Elbe-Elster und Dahme-Spreewald wählen, so sehe er mit LDS weit mehr Überschneidungen. Als Beispiele nennt er den SBAZV, den Fußballverband oder die MAZ. Von daher halte er den neuen Vorschlag für lebensnäher.

"Die CDU kämpft weiter für die Eigenständigkeit des Landkreises Teltow-Fläming", sagte deren Kreis- und Fraktionsvorsitzender sowie Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum. Es sei nicht nachvollziehbar, dass zum Beispiel Potsdam-Mittelmark eigenständig bleiben soll, TF und LDS aber nicht. Mit der jetzt beginnenden Volksinitiative hätten die Bürger die Möglichkeit, "die bürgerunfreundlichen Reformpläne der Landesregierung zu stoppen", so Eichelbaum.

Das sieht auch Christoph Schulze (BVB/Freie Wähler) so. "Vor der Reform kommt immer noch der Volksentscheid, darauf arbeiten wir zumindest hin", sagte der Landtagsabgeordnete. Er

bezeichnete die Reform als "einzigen Größenwahn". Beide Kreise seien allein lebensfähig und es werde anders als behauptet nicht zu Kosteneinsparungen kommen.

Was alle TF-Politiker eint, ist der Wunsch, dass Luckenwalde auch in einem Großkreis Kreisstadt bleibt. Das sieht LDS-Landrat Stephan Loge (SPD) anders: "Ich will, dass Lübben Kreisstadt bleibt", sagte er am Mittwochabend während der Kreistagssitzung in Lübben. Auch er sei überrascht gewesen, als er am Sonntag nach einer Sitzung des Koalitionsausschusses von den Plänen hörte. "Ich habe dem Innenminister mitgeteilt, dass ich mir das nur schwer vorstellen kann." Loge geht fest davon aus, dass Dahme-Spreewald keinen Reformbedarf habe und dem Leitbild auch allein gerecht werde.

Das sieht auch Stefan Ludwig (Linke), Justizminister und Kreistagsmitglied von LDS, so: "Wir würden es alleine schaffen!" Aber: "Mit dem Zusammengehen von TF und LDS würde wohl der leistungsfähigste Landkreis in Ostdeutschland entstehen, in dem eine gemeinsame Entwicklung des Flughafenumfeldes und eine niedrige Kreisumlage für alle Gemeinden möglich wären."

Loge lässt die offizielle Begründung nicht gelten. Dort wird angeführt, dass sowohl TF mit 153 000 Einwohnern als auch LDS mit 162 000 Bürgern nicht die geforderten 175 000 Einwohner erreichten. Das entspreche nicht den heutigen Erkenntnissen, so Loge. Er meinte, dass er deshalb vom Land hören wolle, was die Bürger des Landkreises Dahme-Spreewald von der Reform haben. Loge sagte auch, er wolle gemeinsam mit den Kreistagsabgeordneten darüber diskutieren, wie man jetzt mit den Vorstellungen des Landes umgeht. Rechtliche Schritte schloss er nicht explizit aus, warnte aber auch vor dem großen Kraftaufwand und den möglicherweise geringen Erfolgsaussichten.

Für Sylvia Lehmann, SPD-Land- und Kreistagsabgeordnete in LDS und Kandidatin für den Bundestagswahlkreis 62, der Dahme-Spreewald und den größten Teil von Teltow-Fläming umfasst, steht fest, dass der Schuldenabbau in TF nicht auf Kosten des Landkreises Dahme-Spreewald gehen darf.

Björn Lakenmacher, CDU-Landtags- und Kreistagsabgeordneter aus LDS, rügte, dass die Pläne "in keiner Weise dem Leitbild der Landesregierung" zur Reform entsprechen. Die Vorschläge seien wohl in "Rotweinrunden ausgekungelt" worden.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung vom 06.10.2016

20.10.2016 BER-
Flughafenbaustellentour in Schönefeld





Aktuelle Themen aus dem Landtag

Immer mehr Hass im Internet- 2016 könnte die Zahl der Anzeigen wegen Volksverhetzung im Netz neuen Höchststand erreichen

Vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Oktober 2016 wurden im Land Brandenburg insgesamt 2157 Straftaten registriert, die sich dem Bereich der "Hasskriminalität" zuordnen lassen. 96,1 Prozent dieser Straftaten stammten aus dem Bereich der "Politisch motivierten Kriminalität rechts". Das geht aus der Antwort des Potsdamer Justizministeriums auf eine "Kleine Anfrage" des CDU-Rechtsexperten Danny Eichelbaum hervor, die dieser Zeitung exklusiv vorab vorliegt. Die Zahl der mit Hasskriminalität verbundenen Gewaltdelikte ist demnach von 35 im Jahr 2012 auf 129 in den ersten zehn Monaten dieses Jahres gestiegen. Am stärksten allerdings wuchs die Zahl der Anzeigen wegen der so genannten "Hate Speech" im Internet - also der teils menschenverachtenden Kommentare in den Diskussionen des sozialen Netzwerks Facebook, auf Twitter oder auch in den Leserforen von Zeitungen.

Während es 2012 und 2013 nur jeweils 15 beziehungsweise 16 Anzeigen wegen Volksverhetzung im Internet gab, wurden 2015 insgesamt 83 solcher Straftaten zur Anzeige gebracht. Und in diesem Jahr dürfte die Zahl sogar noch weiter steigen: In den ersten zehn Monaten des Jahres 2016 wurden bereits 74 Anzeigen wegen Volksverhetzung im Internet verzeichnet. Doch die rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Online-Hasskommentaren seien "verbesserungswürdig", räumt die Landesregierung in der Antwort auf die Anfrage von Eichelbaum ein. Brandenburg habe daher in der Justizministerkonferenz am 17. November 2016 den Beschluss unterstützt, mit dem der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz gebeten wird, geeignete Lösungsvorschläge zu entwickeln, die eine effektive Löschung von "Hate Speech" im Internet bei gleichzeitiger Beweissicherung ermöglichen. Dem CDU-Abgeordneten Eichelbaum reicht dieses Engagement indes nicht aus. "Persönlichkeitsverletzende Beleidigungen, Bedrohungen und Volksverletzung sind leider auch in Brandenburg auf der Tagesordnung", sagte Eichelbaum auf Anfrage dieser Zeitung.

"Die Hetze nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an." Von Runden Tischen und Arbeitsgruppen der Landesjustizminister ließen sich Täter nicht abschrecken, es müssten endlich konkrete Maßnahmen gegen Haßkriminalität ergriffen werden. "Justizminister Stefan Ludwig hat es verpasst, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen", so Eichelbaum. "Die Justizministerkonferenz war unter seinem Vorsitz in diesem Jahr ein zahnloser Tiger bei der Bekämpfung der Hasskriminalität." Den sozialen Netzwerken müsse die Pflicht aufgelegt werden, Hasskommentare schnellstmöglich zu löschen. Im Falle des Nichtlöschens müsse ein empfindliches Bußgeld androht werden. "Die Daumenschrauben des Rechtsstaates müssen hier angezogen werden."

Quelle: Lausitzer Rundschau, 12.12.2016

Partner auf hoher See

Normalerweise sind sie unterwegs auf den sieben Meeren dieser Welt. Bei der Operation "Atalanta" kämpfen sie gegen somalische Piraten, im Mittelmeer retten sie Flüchtlinge und bekämpfen Waffenschmuggler. Die "Brandenburg" ist eine der Fregatten der deutschen Marine, mit Heimathafen in Wilhelmshaven an der Nordsee. Und sie ist das offizielle Patenschiff des Landes Brandenburg - 1994, vor mehr als 20 Jahren, hatte die Gattin von Ministerpräsident Manfred Stolpe, Ingrid Stolpe, das Schiff getauft. Was das heißt, konnten Besucher des Landtags am vergangenen Dienstag erleben.

Wieder einmal waren Matrosen und Offiziere der Fregatte zu Gast im Landesparlament, wo sie von Landtagspräsidentin Britta Stark (SPD) und den Abgeordneten Danny Eichelbaum, Rainer Genilke (beide CDU) und Michael Jungclaus (Grüne) empfangen wurden. Denn der Landtagspräsidentin und den Abgeordneten ist es wichtig, den oft auf See befindlichen Besatzungsmitgliedern zu zeigen, dass das Land Brandenburg hinter ihren Einsätzen steht. Und auch in der Staatskanzlei war die Delegation der Schiffsbesatzung zu Besuch, wo sie vom Chef der Staatskanzlei, Thomas Kralinski, empfangen wurde.

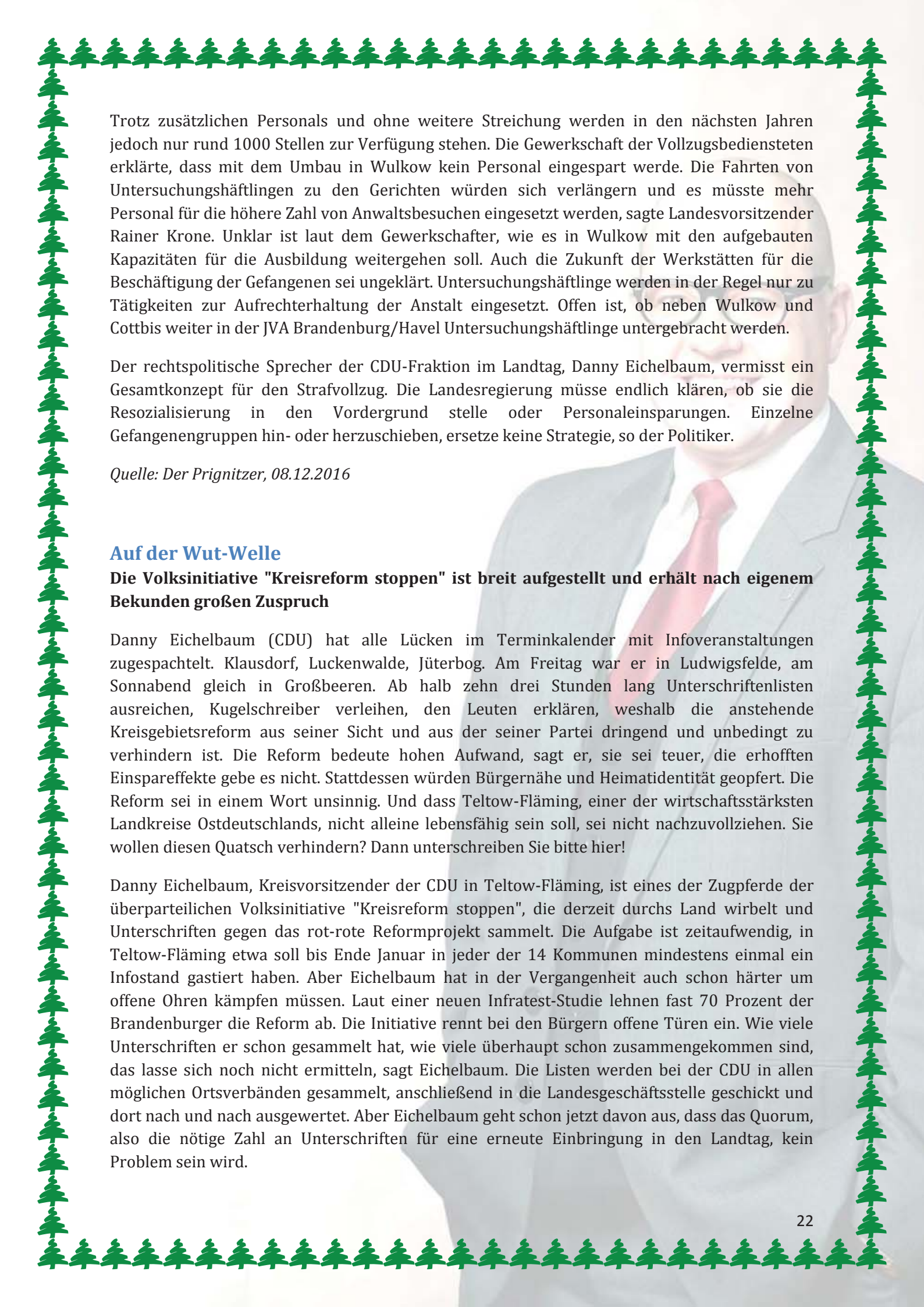


Doch eine Partnerschaft beruht bekanntlich auf Gegenseitigkeit. Und das ist im Fall der Fregatte Brandenburg nicht nur der Dienst der Soldaten für die Sicherheit des Landes. So hat die Schiffsbesatzung eine Patenschaft für ein Kinderheim in Trebbin übernommen: Die Soldaten wirken bei den Festen des Kinderheims mit und laden die Kinder und Jugendlichen aus dem Heim immer wieder einmal zu sich an Bord ein. Und wenn im Landtag groß gefeiert wird, etwa weil die Präsidentin des Landtags zu ihrem Parlamentarischen Abend einlädt, sind die Soldaten nicht nur anwesend - sondern auch gefragte Tanzpartner so mancher Abgeordneten, die am Ende des Tages die Last des Parlamentsbetriebs zur Seite legen will.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 10.12.2016

Gefängnis Wulkow konzentriert sich auf Untersuchungshäftlinge

Die Justizvollzugsanstalt Wulkow bei Neuruppin sollen künftig eine andere Aufgabe übernehmen. Dort sollen keine Verurteilten mehr ihre Strafe verbüßen, sondern nur noch eine Untersuchungshaft und ein offener Vollzug betrieben werden. Das sieht das neue Konzept des Justizministeriums vor. Die Gefängnisverwaltung wird mit der Jugendvollzugsanstalt Wriezen zusammengelegt und ein gemeinsamer Leiter installiert. Hintergrund ist der jahrelange Leerstand im brandenburgischen Strafvollzug. Vergangene Woche waren von 1760 Plätzen nur 1238 belegt. Außerdem plagten den Minister Personalprobleme. Für die Umsetzung des Resozialisierungsgesetzes würden laut einer Expertenkommission 1178 Vollzugsbeamte benötigt, eine Arbeitsgruppe des Justizministeriums ging von 1066 Mitarbeitern aus.



Trotz zusätzlichen Personals und ohne weitere Streichung werden in den nächsten Jahren jedoch nur rund 1000 Stellen zur Verfügung stehen. Die Gewerkschaft der Vollzugsbediensteten erklärte, dass mit dem Umbau in Wulkow kein Personal eingespart werde. Die Fahrten von Untersuchungshäftlingen zu den Gerichten würden sich verlängern und es müsste mehr Personal für die höhere Zahl von Anwaltsbesuchen eingesetzt werden, sagte Landesvorsitzender Rainer Krone. Unklar ist laut dem Gewerkschafter, wie es in Wulkow mit den aufgebauten Kapazitäten für die Ausbildung weitergehen soll. Auch die Zukunft der Werkstätten für die Beschäftigung der Gefangenen sei ungeklärt. Untersuchungshäftlinge werden in der Regel nur zu Tätigkeiten zur Aufrechterhaltung der Anstalt eingesetzt. Offen ist, ob neben Wulkow und Cottbus weiter in der JVA Brandenburg/Havel Untersuchungshäftlinge untergebracht werden.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Danny Eichelbaum, vermisst ein Gesamtkonzept für den Strafvollzug. Die Landesregierung müsse endlich klären, ob sie die Resozialisierung in den Vordergrund stelle oder Personaleinsparungen. Einzelne Gefangenengruppen hin- oder herzuschieben, ersetze keine Strategie, so der Politiker.


Quelle: Der Prignitzer, 08.12.2016

Auf der Wut-Welle

Die Volksinitiative "Kreisreform stoppen" ist breit aufgestellt und erhält nach eigenem Bekunden großen Zuspruch

Danny Eichelbaum (CDU) hat alle Lücken im Terminkalender mit Infoveranstaltungen zugespachtelt. Klausdorf, Luckenwalde, Jüterbog. Am Freitag war er in Ludwigsfelde, am Sonnabend gleich in Großbeeren. Ab halb zehn drei Stunden lang Unterschriftenlisten ausreichen, Kugelschreiber verleihen, den Leuten erklären, weshalb die anstehende Kreisgebietsreform aus seiner Sicht und aus der seiner Partei dringend und unbedingt zu verhindern ist. Die Reform bedeute hohen Aufwand, sagt er, sie sei teuer, die erhofften Einspareffekte gebe es nicht. Stattdessen würden Bürgernähe und Heimatidentität geopfert. Die Reform sei in einem Wort unsinnig. Und dass Teltow-Fläming, einer der wirtschaftsstärksten Landkreise Ostdeutschlands, nicht alleine lebensfähig sein soll, sei nicht nachzuvollziehen. Sie wollen diesen Quatsch verhindern? Dann unterschreiben Sie bitte hier!

Danny Eichelbaum, Kreisvorsitzender der CDU in Teltow-Fläming, ist eines der Zugpferde der überparteilichen Volksinitiative "Kreisreform stoppen", die derzeit durchs Land wirbelt und Unterschriften gegen das rot-rote Reformprojekt sammelt. Die Aufgabe ist zeitaufwendig, in Teltow-Fläming etwa soll bis Ende Januar in jeder der 14 Kommunen mindestens einmal ein Infostand gastiert haben. Aber Eichelbaum hat in der Vergangenheit auch schon härter um offene Ohren kämpfen müssen. Laut einer neuen Infratest-Studie lehnen fast 70 Prozent der Brandenburger die Reform ab. Die Initiative rennt bei den Bürgern offene Türen ein. Wie viele Unterschriften er schon gesammelt hat, wie viele überhaupt schon zusammengekommen sind, das lasse sich noch nicht ermitteln, sagt Eichelbaum. Die Listen werden bei der CDU in allen möglichen Ortsverbänden gesammelt, anschließend in die Landesgeschäftsstelle geschickt und dort nach und nach ausgewertet. Aber Eichelbaum geht schon jetzt davon aus, dass das Quorum, also die nötige Zahl an Unterschriften für eine erneute Einbringung in den Landtag, kein Problem sein wird.



"Der Zuspruch ist beträchtlich", so Eichelbaum. "Die Leute sprechen mich auf der Straße an, sie kommen von sich aus an die Stände und wollen unterschreiben." Die Bundestagsabgeordnete Jana Schimke berichtet sogar von Schlangen, die sich an den Infoständen bilden, von Menschen, die aus umliegenden Dörfern extra nach Lübben oder Luckau reisen, um ihr Signum abzugeben. "Beim letzten Bundestagswahlkampf haben wir schon großen Zuspruch erhalten, aber so habe ich das noch nicht erlebt", sagt sie. Der Verein Bürgernahes Brandenburg, der hinter der Initiative steht, tritt selbstbewusst auf, man ist schließlich gut aufgestellt. In vorderster Front hat sich die CDU den Kampf gegen die Kreisfusionen auf die Fahnen geschrieben, ihre gesamte Führungsriege ist an den Infoständen vertreten. Während Danny Eichelbaum vor allem den Norden von Teltow-Fläming abgrast, sammelt Sven Petke, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, in und um Luckenwalde Unterschriften ein, LDS-Kreischef Björn Lakenmacher klappert Dahme-Spreewald ab, Jana Schimke nimmt Termine in beiden Landkreisen wahr. Zur Auftaktveranstaltung reiste sogar die rheinland-pfälzische CDU-Chefin Julia Klöckner an, um ihre Parteikollegen zu ermutigen. Auch FDP und BVB/Freie Wähler, die mit im Bündnis sind, stellen namhafte Unterstützer. Zweiter stellvertretender Vorsitzender der Initiative ist immerhin Klaus Rocher (FDP), Bürgermeister von Rangsdorf. Und mit Christoph Schulze (BVB/Freie Wähler) weiß man einen weiteren wortgewaltigen Mitstreiter auf der eigenen Seite, der eine große Welle machen kann. Dass die Leute tatsächlich zuhauf unterschreiben, liegt aber wohl auch an der allgemeinen Stimmung im Land.

Jana Schimke sieht in der Debatte über die neuen Kreisstrukturen ein Ventil für die Menschen. "Die Leute sind verärgert über viele Dinge. Sie identifizieren sich mit ihrer Region, mit ihrem Dorf und es kotzt sie an, dass dort der Bus nicht mehr fährt und die Gelder nicht so fließen wie im Speckgürtel", sagt sie. Bei den Leuten mache sich das Gefühl breit, dass alles von oben verordnet wird. Genährt wird dieses Gefühl dadurch, dass auch die politischen Akteure in den Kreisen überwiegend mit Unverständnis auf die rot-roten Fusionspläne reagieren. Die Landräte Stephan Loge (SPD) und Kornelia Wehlan (Linke) betonen bei jeder Gelegenheit, dass ihre Landkreise genügend Kraft haben, um eigenständig bleiben zu können. Der Kreistag von Teltow-Fläming hatte schon im vorigen Jahr sein Nein zu jedweden Fusionsplänen beschlossen, der Kreistag von Dahme-Spreewald will demnächst nachlegen. Selbst die SPD in Dahme-Spreewald wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die Reformpläne ihrer eigenen Landesspitze. Das Thema ist inzwischen so aufgeheizt, dass schon ein Namensvorschlag Wellen der Aufgeregtheit auslöst.

Seit Freitag voriger Woche ist bekannt, dass das Innenministerium bei einer Fusion die bisherigen Namen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald zu "Dahmeland-Fläming" eindampfen will. Dass der geografisch etwas unklare Teltow geopfert würde, scheint für die meisten Akteure noch verschmerzbar. Das Weglassen des touristisch über alles erhabenen Spreewalds aber liefert den Kritikern ein neues Argument. "Nicht akzeptabel", ließ LDS-Landrat Loge gleich wissen. "Höchst problematisch", sagt Jana Schimke. "So geht's nicht!", schreibt der Unternehmerverband Berlin-Brandenburg und wertet den Gesetzentwurf gleich als einen "Hieb gegen den Mittelstand in Brandenburg." Mit der Reform würden "alle Bemühungen des wirtschaftlichen Wachstums, aber auch der weiteren Entwicklung des Tourismus ausgebremst." Es sind auch Leute unter den Reformgegnern, die weniger emotionalisieren. Jörg-Günter Peschke, Kreishandwerksmeister in Teltow-Fläming, ist so einer. "Ich habe nichts gegen die Reform an sich. Ich bin immer der Meinung, dass man Kräfte bündeln sollte", sagt er. "Aber aktuell habe ich das Gefühl, dass man das Pferd von hinten aufzäumt. Man muss doch erst wissen, wo man etwas einsparen kann, bevor man Kreise zusammenlegt." Peschke hat

unterschrieben gegen die Reform, er hat auch mit seinen Angestellten darüber diskutiert. Auf Sammeltour will er aber nicht gehen. Das sollen andere machen. Die haben noch eine ganze Strecke vor sich. Die Initiative muss 20 000 Unterschriften sammeln, dann nimmt sich der Landtag des Themas noch einmal an. Sollte das Ansinnen abgelehnt werden, kann das Volksbegehren folgen. Dafür braucht es 80 000 Unterschriften. Auch dieses kann der Landtag ablehnen. In diesem Fall kann es zum Volksentscheid kommen. Dabei muss die Mehrheit mit "Ja" stimmen. Außerdem muss ein Viertel der Wahlberechtigten zur Urne gehen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 06.12.2016

Generalstaatsanwalt zweifelt an geplanter Kreisstruktur

Potsdam (MOZ) Brandenburgs Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg reiht sich in die Kritikerschar der geplanten Kreisreform ein. Grundsätzlich ist der Jurist nicht gegen eine Neugliederung. Die könne man durchaus begründen, erklärte der Sozialdemokrat im Gespräch mit dieser Zeitung. Allerdings hätte er erwartet, dass sich die neuen Landkreise innerhalb der jetzigen vier Polizeidirektionen bewegen würden. Das, was Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) und Finanzminister Christian Görke (Linke) im September als Vorschlag auf den Tisch gelegt haben, hätte laut Rautenberg weitgehende Folgen für Polizei und Staatsanwaltschaft.

Mit der Zusammenlegung von Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald würden zwei Kreise fusionieren, die verschiedenen Polizeidirektionen und Landgerichtsbezirken angehören. Letzteres bestimmt auch die Struktur der Staatsanwaltschaften im Land.

Rautenberg geht davon aus, dass bei der Umsetzung einer solchen Reform auch die Polizeiverwaltung neu strukturiert werden müsse. Jede Polizeireform habe in der Vergangenheit aber zu einer Periode der Verunsicherung geführt und Folgen für die Verbrechensbekämpfung gehabt, gibt der Generalstaatsanwalt zu bedenken. Die Übereinstimmung der Strukturen von Staatsanwaltschaft und Polizei habe sich bei der Verbrechensbekämpfung bewährt, sagte er.

Allerdings war im Norden Brandenburgs bereits bei der letzten Polizeireform in der Uckermark eine Struktur geschaffen worden, bei der die Einsatzgebiete von Polizei und Staatsanwaltschaften auseinanderklaffen. Die Uckermark gehört inzwischen zum Landgerichtsbezirk Neuruppin (Ostprignitz-Ruppin) aber weiterhin zur Polizeidirektion Ost in Frankfurt (Oder). Es ist unklar, ob diese Widersprüche bei der geplanten Fusion der Landkreise Uckermark und Barnim bereinigt werden sollten.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU, Danny Eichelbaum geht davon aus, dass nach der Kreisreform nicht nur eine Polizeireform folgen wird, sondern auch eine Reform der Landgerichtsbezirke. Er befürchtet, dass künftig nur noch drei statt vier erhalten bleiben.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 29.11.2016

09.11.2016 Demonstration von Lehrern,
Polizisten und Forstleuten gegen die rot-rote
Landesregierung





Verfahrensstau an den Verwaltungsgerichten

An Brandenburgs Gerichten dauern Verfahren deutlich länger als im Bundesdurchschnitt. Richter und CDU fordern mehr Personal Von Manfred Rey und Alexander Fröhlich

Potsdam - Verfahren vor den Verwaltungsgerichten dauern in Brandenburg länger als im Bundesdurchschnitt. An den drei zuständigen Gerichten in Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) zogen sich die Hauptsacheverfahren im vergangenen Jahr zwischen 11,9 und 14,5 Monate hin, wie das Justizministerium auf eine Anfrage der CDU-Fraktion im Potsdamer Landtag mitteilte. Im Bundesschnitt gingen sie in 9,7 Monaten über die Bühne. Die Eilverfahren in Potsdam und Frankfurt (Oder) brauchten ebenfalls mehr Zeit. Nur die Cottbuser Verwaltungsrichter waren geringfügig schneller als der Bundesdurchschnitt. Auch das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg schnitt 2015 bei Verfahren in erster Instanz sowie bei Berufungen und Beschwerden im Bundesvergleich schlecht ab. Wegen überlanger Dauer der Verfahren gingen im Vorjahr bei den märkischen Verwaltungsgerichten 37 sogenannte Verzögerungsrügen ein, beim Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg waren es sieben. Im laufenden Jahr ist die Zahl aber rapide gestiegen: Im ersten Halbjahr erhöhte sich die Zahl der Rügen wegen der sogenannten Altanschließerverfahren auf 218.

Nahezu alle Rügen betrafen Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Potsdam gegen Beiträge für die alten Kanalanschlüsse. Hinzu kommen Klagen wegen überlanger Verfahrensdauer: 2015 gab es keine, in diesem Jahr waren es bisher neun Fälle. Entschieden wurde über die Klagen aber noch nicht. Allerdings konnte die Dauer der Verfahren in den letzten Jahren laut Ministerium deutlich verkürzt werden. Brauchten die Verwaltungsgerichte in Brandenburg 2008 im Schnitt noch 32 Monate bei Hauptsacheverfahren, waren es 2012 bereits 19,5 Monate, 2014 dann 15,8 und im vergangenen Jahr noch 12,9 Monate. Ein Blick auf die Statistik zeigt auch: Es werden weniger Verfahren erledigt, als neu hinzukommen. In Cottbus stapeln sich bei 3000 neuen Verfahren 11 500 unerledigte Hauptverfahren, in Frankfurt (Oder) 11 000 Altfälle, in Potsdam 18 500. Um den erhöhten Arbeitsaufwand aufgrund der steigenden Zahl von Klagen zu bewältigen, hat das Justizministerium in diesem Jahr bislang 13 Verwaltungsrichter auf Probe neu eingestellt. Drei weitere Juristen sollen im Laufe ihrer Probezeit noch in diesem Jahr hinzukommen. Aus Sicht des Justizministeriums reicht das auch.

"Die Landesregierung stattet die Verwaltungsgerichte in dem erforderlichen Maß mit Personal aus", heißt es in der Antwort des Ministeriums. Bei der Berechnung des Personalbedarfs nach dem bundesweit geltenden Berechnungsschlüssel würden auch die durchschnittlichen Krankheitstage der vorangegangenen fünf Jahre mit einberechnet. Nach Ansicht der Vereinigung der Brandenburger Verwaltungsrichter reicht das nicht aus. "Wir brauchen in Brandenburg mehr Personal, um die Eingänge der Asylverfahren an den Verwaltungsgerichten abzubauen", sagte ihr Vorsitzender, Wilfried Kirkes. "Es droht eine Welle von Klagen gegen Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, ähnlich wie in den 90er- Jahren, nur dass wir jetzt ein viel komplizierteres EU-Recht haben, bei dem noch immer viele Fragen ungeklärt sind", sagte der Potsdamer Verwaltungsrichter. Es sei auch unklar, wie viele der nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge gegen eine Ablehnung ihrer Anträge klagen würden. Auch der Deutsche Richterbund in Brandenburg fordert mehr Neueinstellungen an den Gerichten, um unerledigte Verfahren abzubauen und übermäßig lange Verfahrenslaufzeiten zu verkürzen. Um die bevorstehende Pensionierungswelle im Land auszugleichen, müssten jährlich 30 neue Richter und Staatsanwälte eingestellt werden, sagte Richterbund-Landeschefin Claudia Odenbreit. Der Rechtsexperte der CDU-Landtagsfraktion Danny Eichelbaum kritisierte: Dass

Verwaltungsgerichtsverfahren in Brandenburg länger dauern als im Bundesdurchschnitt, sei das "Ergebnis der Personalpolitik der linken Justizminister". Sollte die Landesregierung wie geplant weitere Stellen in der Justiz abbauen, werde sich dieses Problem noch verschärfen. "Die Verwaltungsgerichte schieben einen Berg von Altfällen vor sich her." Wegen des Anstiegs von Asylverfahren würden sich die Probleme weiter verschärfen. "Die eingesetzten Proberichter sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein", so Eichelbaum.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 07.11.2016



08.11.2016 Besuch einer Delegation südafrikanischer Ringer in Brandenburg



07.11.2016 CDU-Empfang mit Julia Klöckner und Ingo Senftleben in Ludwigsfelde anlässlich des Starts der Volksinitiative gegen die rot-rote Kreisgebietsreform

07.11.2016 Besuch des Mercedes-Werkes in Ludwigsfelde



Brandenburger Häftlinge bekommen digitale Freiheiten

In den Zellen der Haftanstalten soll Technik installiert werden, die Insassen die Nutzung verschiedener Medien ermöglicht. Kritik daran wird schon jetzt laut. Dabei hat das Justizministerium noch viel tiefgreifendere Veränderungen geplant.

Potsdam. Brandenburger Strafgefangene sollen künftig aus ihren Zellen telefonieren und E-Mails verschicken können. Möglich machen soll das eine so genannte "Multimediabox", die in den Zellen installiert werden soll. Das bestätigte das Potsdamer Justizministerium in der Antwort auf eine "Kleine Anfrage" des CDU-Justizexperten Danny Eichelbaum, die dem Uckermarkkurier vorliegt. Demnach sollen die Geräte zunächst in der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Brandenburg an der Havel installiert werden. "Bei Anschluss entsprechender Peripheriegeräte liefert die Multimediabox die Dienste Fernsehen, Radio und Telefonie", heißt es in der Antwort des Ministeriums.

"Zusätzlich können unter Nutzung der Multimediabox der Zugang zu Informationsseiten der Anstalt, ein eingeschränkter Internetzugang oder auch der E-Mail-Verkehr technisch ermöglicht werden." Geplant sei, für Gefangene bis zu zehn Telefonnummern außerhalb der Anstalt zum Telefonieren freizugeben. Es solle aber die Möglichkeit bestehen, die Zahl und die Dauer der Gespräche technisch zu regulieren. E-Mails sollen nur als Textnachrichten und an vorher geprüfte und freigegebene Empfänger gesandt werden dürfen. Gegenüber dem Uckermarkkurier kritisierte Eichelbaum die Pläne der Justizverwaltung scharf. "Die CDU lehnt Multimediaboxen für Strafgefangene ab", so Eichelbaum. "Sie schaffen neue Sicherheitsrisiken und bergen die Gefahr, dass die Gefangenen ihre kriminellen Machenschaften über das Internet fortführen."

Statt neue Freiheitsrechte für Gefangene zu schaffen, sollte der Justizminister endlich ein Gesamtkonzept zur Zukunft des Strafvollzuges in Brandenburg vorlegen. Mit dem vorhandenen Personal ist es heute schon nicht mehr möglich, einen auf Resozialisierung ausgerichteten Strafvollzug in Brandenburg zu gewährleisten. Einem Medienbericht von Dienstag zufolge plant Justizminister Stefan Ludwig (Linke) offenbar, die medizinische Betreuung der Gefangenen an externe Dienstleister zu vergeben. Laut Bericht geht es dabei auch um das landesweit einzigartige Haftkrankenhaus in der JVA Brandenburg an der Havel. Dessen Chefarzt steht kurz vor dem Ruhestand, heißt es. Mehrere Ausschreibungen der Stelle verliefen laut Justizministerium ergebnislos. Auch Anstaltsbetriebe sollen privatisiert werden. Gründe dafür seien der Personalmangel in der Justiz und die Überalterung der bisherigen Anstaltsärzte.

Quelle: Uckermark Kurier, 27.10.2016

01.11.2016 Erstunterzeichnung der Volksinitiative
Bürgernähe erhalten-Kreisreform stoppen



Personalnot in Brandenburger Gefängnissen´- Privatisierung in JVA: CDU nennt Minister „konzeptlos“

Im Justizministerium sucht man nach Wegen, die Personalnot in Brandenburgs Gefängnissen ein wenig zu lindern. Die oppositionelle CDU findet Ideen zur Privatisierung von Teilbereichen wenig vielversprechend – besseren Strafvollzug gebe es nur mit mehr Personal.

Potsdam. Nach Bekanntwerden von Planungen im Justizministerium, die medizinische Versorgung in den Gefängnissen zu privatisieren, wirft die CDU dem Justizminister Stefan Ludwig (Linke) Konzeptlosigkeit vor. „Es kann nicht sein, dass jede Woche neue Spekulationen und abenteuerliche Pläne die Runde machen“, sagte der Rechtsexperte der Fraktion, Danny Eichelbaum als Reaktion auf einen MAZ-Bericht. Dies verunsichere die Justizbeschäftigten des Landes.

Unter anderem spielt eine Arbeitsgruppe im Ministerium nach MAZ-Informationen mit dem Gedanken, auch die Knast-Betriebe auszugliedern. Gleichzeitig sollen mehrere Haftabteilungen geschlossen werden (U-Haft in Brandenburg/Havel und Strafhaft in Neuruppin/Wulkow). Nach CDU-Auffassung könnte „ein ordnungsgemäßer Strafvollzug, der die Resozialisierung der Strafgefangenen und einen Behandlungsvollzug in den Mittelpunkt stellt“, nur mit mehr Personal gewährleistet werden. An der Personalklemme in den Gefängnissen sei das von den Linken geleitete Justizministerium allein schuld. Selbst die ministeriumseigene Arbeitsgruppe „Personalkonzept 2014“ habe einen Mindestbedarf von 1083 Mitarbeitern errechnet – laut aktuellem Kabinettsbeschluss soll aber die Anzahl der Stellen in den Gefängnissen bis Ende 2018 von 1010 auf 922 gesenkt werden.

Eichelbaum verweist darauf, dass 2015 rund 880 Resozialisierungsmaßnahmen ausgefallen seien, gleichzeitig aber die Bediensteten 40000 Stunden Mehrarbeit geleistet hätten. Überdurchschnittlich viele Beamte seien auch krank.

Den Zugang von mehr privatem Personal zu den Gefängnissen sieht auch Rainer Krone, Chef der brandenburgischen Gewerkschaft Strafvollzug (BSBD), kritisch. Das mache die Anstalten unflexibel, außerdem gebe es Sicherheitsbedenken.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.10.2016



Veranstaltung 25 Jahre Feldjäger
am Standort Berlin



Sport-Reform sorgt für Zukunftsängste

Sportpolitik: 40 Bundes- und sechs Olympiastützpunkte sollen schließen - »Wir hängen hier in der Luft«

Über 100 Jahre wird in Luckenwalde schon gerungen, jetzt müssen die Spitzenathleten in der 20.000-Seelen- Gemeinde womöglich ihre Matten einrollen. Der Bundesstützpunkt in Brandenburg steht angeblich - genauso wie der in Jena - auf der Roten Liste des deutschen Sports und droht der Reform der Spitzensportförderung zum Opfer fallen. Angespannte Stimmung Die Stimmung in der langjährigen Ringer- Hochburg, die im Frühjahr aus finanziellen Gründen bereits den 1. Luckenwalder SC aus der Bundesliga abmelden musste, ist angespannt.

»Wir hängen hier in der Luft. Das ist das Schlimmste«, sagt Danny Eichelbaum, Präsident des Ringerverbandes Brandenburg. Am Dienstag treffen sich in Frankfurt die Vertreter der Verbände mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), um sich noch einmal über die Reformeckpunkte auszutauschen. Am Mittwoch folgt eine öffentliche Anhörung im Sportausschuss. Ob es danach Konkretes gibt? Unwahrscheinlich. Die Hängepartie zehrt an den Nerven der 70 Athleten in der Kleinstadt 60 Kilometer südlich von Berlin. »Auch die Trainer wissen nicht, wie es weitergeht«, sagt Eichelbaum. Der Stützpunkt hat immerhin die Zusage, dass bis Ende 2017 alles beim Alten bleibt, auch was die Bezahlung angeht. Ein schwacher Trost, denn was kommt danach? Am Beckenrand der Robert-Koch- Schwimmhalle in Halle herrscht ebenfalls Ungewissheit. Frank Embacher hat hier Paul Biedermann zum Weltstar geformt und zum Karriere-Abschluss in Rio immerhin zu Platz sechs geführt. Doch eine Jobgarantie ist das längst nicht. Der Trainer hat sich fristgemäß zum Ende des Olympiazklus beim Arbeitsamt gemeldet. Er weiß nicht, ob sein Vertrag verlängert wird. Privat planen kann der Coach nicht. »Es wurde nicht mal mehr mit mir gesprochen. Selbst der Brief, der sonst immer noch gekommen ist, blieb diesmal aus«, sagte Embacher der Mitteldeutschen Zeitung. Der Deutsche Schwimm-Verband (DSV) gibt den Schwarzen Peter weiter.

»Es ist unheimlich schwer zu erklären, dass wir nicht auf der Bremse stehen«, sagte DSV-Generalsekretär Jürgen Fornoff dem Sportinformationsdienst, »sondern dass wir davon abhängig sind, was gerade in der Sport-Republik passiert«. Wen erwischt es? Alles wird auf den Kopf gestellt - das hatte der DOSB zum Start der ersten Reformgespräche 2015 angekündigt. Das Ergebnis wurde vor zwei Wochen präsentiert: Von den derzeit 205 Bundesstützpunkten sollen 40 geschlossen werden, sechs der 19 Olympiastützpunkte fallen ebenfalls dem Rotstift zum Opfer. Keiner weiß bisher, ob es ihn erwischt. Die Verbände bekommen den Druck an der Basis täglich zu spüren und haben reagiert. Schon Mitte September forderten sie laut Sport-Bild in einem Brief an den DOSB Klarheit. »Wir bitten Sie, uns schnellstmöglich für das kommende Jahr Planungssicherheit - verbunden mit einer Finanzierungszusage für den sensiblen Personalbereich und die Jahresplanung - zu vermitteln und unser Anliegen mit höchster Priorität und Dringlichkeit zu behandeln«, hieß es da. Seitdem gab es laut DOSB schon einige Gespräche. Viel Zeit für weiteren Widerstand bleibt nicht. Am 3. Dezember soll die Reform auf der Vollversammlung des DOSB in Magdeburg bereits abgesegnet werden. Wahrscheinlich wird man auch dann noch nicht genau wissen, welche Stützpunkte es erwischt. Das unangenehme Thema schiebt man gerne vor sich her, dabei birgt das Gefahren. Ein Hauen und Stechen »2017 wird es nicht einfacher«, meint Eichelbaum, der ein Hauen und Stechen vorhersagt. »Im kommenden Jahr ist Bundestagswahlkampf, und ich möchte mal sehen, welcher Abgeordnete sich dann hinstellt und ankündigt, dass der Bundesstützpunkt in seinem Wahlkreis geschlossen wird.«

Quelle: Main-Echo, 18.10.2016



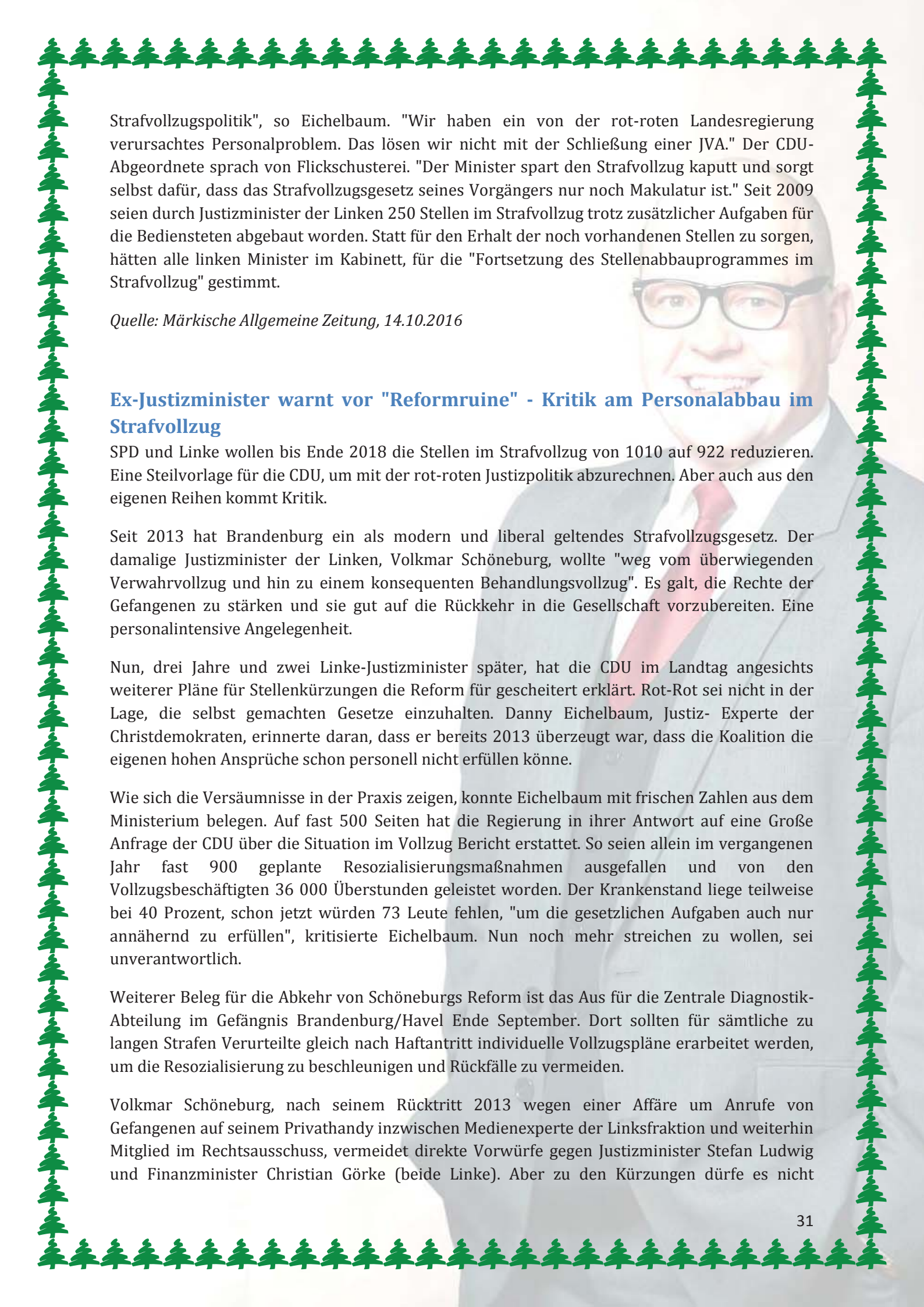
Personalnot im Knast: Einer Anstalt droht das Aus

Brandenburgs Justizminister lässt prüfen, wie mit immer weniger Bediensteten das Vollzugsgesetz noch umgesetzt werden kann

Potsdam - Brandenburgs Justizminister Stefan Ludwig (Linke) hat jeden Widerstand gegen den Personalabbau in den Haftanstalten aufgegeben und setzt jetzt auf einen Notplan. Nach Jahren ist erstmals wieder die Schließung einer Anstalt im Land im Gespräch. Im November will er den Rechtsausschuss des Landtags über die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe informieren, die prüft, wie die Vorgaben des auf Sozialisierung ausgerichteten Vollzugsgesetzes mit weniger Personal eingehalten werden kann. Offiziell ist von nötigen "strukturellen Veränderungen" die Rede, um mit dem jetzigen Bestand an Bediensteten in den Haftanstalten dem Gesetz überhaupt noch zu entsprechen. Auf Nachfrage der PNN im Anschluss an die Ausschusssitzung am gestrigen Donnerstag, ob eine der fünf Haftanstalten im Land künftig geschlossen werden muss, sagte Ludwig: Er wolle dem Ergebnis der Arbeitsgruppe nicht vorgreifen. Aber: "Ich schließe das nicht aus." Nach PNN-Informationen wird auch diskutiert, ob einzelne Trakte der Haftanstalten geschlossen, einzelne Anstalten zu Nebenstellen anderer Standorte degradiert oder ob ein Gefängnis sogar an Berlin abgegeben wird. 2011 stand bereits die Schließung der Anstalt Luckau-Duben zur Debatte. Derzeit gibt es 1272 Gefangene, die Haftplätze sind zu 80 Prozent belegt. Wie berichtet sieht der Haushaltsentwurf für den Vollzug einen Abbau von 980 auf 922 Stellen bis Ende 2018 vor.

Ludwig hatte sich bei den Gesprächen mit seinem Genossen und Finanzminister Christian Görke um den Etatentwurf der Landesregierung nicht durchsetzen können. Denn nach dem vom Justizressort errechneten Bedarf wären mindestens 1010 Stellen nötig, um die Gesetzesvorgaben überhaupt zu erfüllen. Die Fachleute hätten sogar 1066 bis 1083 Stellen bevorzugt. Die Linke versucht nun bei den Haushaltsverhandlungen im Landtag nachzusteuern, insbesondere Ex-Justizminister Volkmar Schöneburg, dessen Erbe das 2013 in Kraft getretene Vollzugsgesetz ist. Es sieht längere Besuchszeiten, eine intensivere Betreuung, sozialtherapeutische Angebote und eine bessere Unterstützung bei der Wiedereingliederung nach der Haftentlassung vor. Behandlung statt Verwahrung lautete Schöneburgs Motto. Ob sich Schöneburg in der Koalition gegen die SPD mit seiner Forderung durchsetzen kann, ist fraglich. Wegen des Sparprogrammes hat Ludwig die 2011 unter Schöneburg geschaffene Zentrale Abteilung für Diagnostik in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg/ Havel gestoppt. Sie betreute Verurteilte bereits bei Antritt der Haft. Dort wurden individuelle Vollzugspläne vor allem für Gefangene mit langen Haftstrafen erstellt, die Häftlinge erst dann je nach Betreuungsbedarf auf die einzelnen Anstalten verteilt. Jetzt werden die Häftlinge beim Strafantritt gleich auf die Anstalten verteilt. Die Sozialdemokraten lehnen sich zurück und verweisen darauf, dass das Problem Angelegenheit der Linken sei. Nicht ohne Häme wird dem kleinen Koalitionspartner vorgehalten, dass es sich doch um ein Prestigeprojekt linker Justizpolitik handle - obwohl damals von der Koalition beschlossen. Offenbar sei es Ludwig nicht gelungen, mehr Personal für den Vollzug im Etatentwurf festzuschreiben. Bei einer solchen Differenz zwischen Plan und Bedarf in einem solch kleinen Ressort jetzt bei den Haushaltsgesprächen im Landtag nachzusteuern, sei nicht möglich. Viel wichtiger sei doch, dass bei den Richterstellen nicht gespart werde, damit der Rechtsstaat funktionieren könne.

Die oppositionelle CDU-Fraktion sieht Ludwig nach einem halbem Jahr im Amt bereits als Ausfall an. Der Justizminister sei völlig planlos, sagte CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum den PNN. "Die Schließung einer Justizvollzugsanstalt wäre das Eingeständnis des Scheiterns der linken



Strafvollzugspolitik", so Eichelbaum. "Wir haben ein von der rot-roten Landesregierung verursachtes Personalproblem. Das lösen wir nicht mit der Schließung einer JVA." Der CDU-Abgeordnete sprach von Flickschusterei. "Der Minister spart den Strafvollzug kaputt und sorgt selbst dafür, dass das Strafvollzugsgesetz seines Vorgängers nur noch Makulatur ist." Seit 2009 seien durch Justizminister der Linken 250 Stellen im Strafvollzug trotz zusätzlicher Aufgaben für die Bediensteten abgebaut worden. Statt für den Erhalt der noch vorhandenen Stellen zu sorgen, hätten alle linken Minister im Kabinett, für die "Fortsetzung des Stellenabbauprogrammes im Strafvollzug" gestimmt.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 14.10.2016

Ex-Justizminister warnt vor "Reformruine" - Kritik am Personalabbau im Strafvollzug

SPD und Linke wollen bis Ende 2018 die Stellen im Strafvollzug von 1010 auf 922 reduzieren. Eine Steilvorlage für die CDU, um mit der rot-roten Justizpolitik abzurechnen. Aber auch aus den eigenen Reihen kommt Kritik.

Seit 2013 hat Brandenburg ein als modern und liberal geltendes Strafvollzugsgesetz. Der damalige Justizminister der Linken, Volkmar Schöneburg, wollte "weg vom überwiegenden Verwahrverschluss und hin zu einem konsequenten Behandlungsvollzug". Es galt, die Rechte der Gefangenen zu stärken und sie gut auf die Rückkehr in die Gesellschaft vorzubereiten. Eine personalintensive Angelegenheit.

Nun, drei Jahre und zwei Linke-Justizminister später, hat die CDU im Landtag angesichts weiterer Pläne für Stellenkürzungen die Reform für gescheitert erklärt. Rot-Rot sei nicht in der Lage, die selbst gemachten Gesetze einzuhalten. Danny Eichelbaum, Justiz-Experte der Christdemokraten, erinnerte daran, dass er bereits 2013 überzeugt war, dass die Koalition die eigenen hohen Ansprüche schon personell nicht erfüllen könne.

Wie sich die Versäumnisse in der Praxis zeigen, konnte Eichelbaum mit frischen Zahlen aus dem Ministerium belegen. Auf fast 500 Seiten hat die Regierung in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der CDU über die Situation im Vollzug Bericht erstattet. So seien allein im vergangenen Jahr fast 900 geplante Resozialisierungsmaßnahmen ausgefallen und von den Vollzugsbeschäftigten 36 000 Überstunden geleistet worden. Der Krankenstand liege teilweise bei 40 Prozent, schon jetzt würden 73 Leute fehlen, "um die gesetzlichen Aufgaben auch nur annähernd zu erfüllen", kritisierte Eichelbaum. Nun noch mehr streichen zu wollen, sei unverantwortlich.

Weiterer Beleg für die Abkehr von Schöneburgs Reform ist das Aus für die Zentrale Diagnostik-Abteilung im Gefängnis Brandenburg/Havel Ende September. Dort sollten für sämtliche zu langen Strafen Verurteilte gleich nach Haftantritt individuelle Vollzugspläne erarbeitet werden, um die Resozialisierung zu beschleunigen und Rückfälle zu vermeiden.

Volkmar Schöneburg, nach seinem Rücktritt 2013 wegen einer Affäre um Anrufe von Gefangenen auf seinem Privathandy inzwischen Medienexperte der Linksfraktion und weiterhin Mitglied im Rechtsausschuss, vermeidet direkte Vorwürfe gegen Justizminister Stefan Ludwig und Finanzminister Christian Görke (beide Linke). Aber zu den Kürzungen dürfe es nicht



kommen. "Der Landtag muss nachsteuern", fordert Schöneburg. "Es war klar, dass das Gesetz mit weniger als 1000 Beschäftigten nicht umsetzbar ist."

Der Ex-Minister verweist auch auf eine Rede, die er im Mai auf einer Linken- Tagung gehalten hat. Unter der Überschrift "Anspruch und Wirklichkeit" zog er Bilanz zum Vollzugsgesetz. Größtes Problem bei der Umsetzung sei die "ungenügende Personalausstattung". Man dürfe das Gesetz "nicht zu einer Reformruine verkommen lassen". Schöneburg sieht auch andernorts Defizite. So habe er den Beamtenapparat "vielfach reformunwillig" erlebt. "Das Menschenbild vieler höherer Verwaltungsbeamter ist nicht das der Brandenburger Verfassung." Und Gefängnisleiter folgten oft "einer Ablehnungskultur gegenüber Anträgen der Gefangenen". Schöneburg empfiehlt in seiner Rede Strafverteidigern, die im Gesetz verankerten Rechte für ihre Mandanten vor Gericht zu erstreiten.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 05.10.2016

Termine in den nächsten Wochen

- | | |
|---------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 17.12.2016 | 13 Uhr Wahlkreisnominierung Bundestagswahlkreis 60 in Brandenburg a.d.H. |
| 20.12.2016 | 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg |
| 21.12.2016 | 9 Uhr Unterschriftenaktion gegen die Kreisgebietsreform in Trebbin
10.30 Uhr Sitzung des Richterwahlausschusses der Länder Berlin und Brandenburg |
| 22.12.2016 | 10 Uhr Unterschriftenaktion gegen die Kreisgebietsreform in Jüterbog |
| 8.1.-9.1.2017 | Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in Wittenberge |

*Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de*